



Antiimperialistisches Informationsbulletin

Informationen über antiimperialistische
Bewegungen Asiens, Afrikas und Lateinamerikas

Nr. 6

Dezember 1970

Editorial

S. 2

Angola

Interview mit Agostinho Neto

S. 3

Stockholmer Kriegsverbrecher Kommission

Prof. A. Poltorak: Die Kriegsverbrechen der USA in Vietnam unter dem Aspekt
des geltenden Völkerrechts

S. 4 - 11

Die verbrecherischen Bombardierungen des laotischen Volkes
durch die US-Imperialisten

S. 11 - 14

Demokratische Republik Vietnam

Erklärung zu den Bombardierungen vom 21. 11. 1970

S. 14 - 15

Südvietnam

Zehn Jahre FNL

S. 15 - 16

Gabriele Sprigath: Zur Lage in den Städten

S. 16 - 21

Brief von Ly Van Sau

S. 21

Hilfe für die Opfer des Hochwassers

S. 21 - 23

Rettet Angela Davis

S. 24

Herausgeber: Antiimperialistisches Arbeitskomitee (AAK) - Hiltraud Bredthauer-Geißel, Wilhelm Breuer, Jutta von Freyberg, Bernd Hartmann, Herbert Lederer, Rolf J. Priemer, Barbara Schilling (presserechtlich verantwortlich), Gabriele Sprigath, Kurt Steinhaus, Karl Unger, Frank Werkmeister, Erich Wulff.

Einzelpreis DM 1,50. Erscheinungsort Marburg/L. Druck: W. J. Becker, Marburg.

Anschrift des AAK und der Redaktion: p. A. Barbara Schilling, 355 Marburg/L. Liebigstraße 46 (Telefon 06421 / 24672) Postscheckkonto 312093 PSchA Frankfurt/M. - Barbara Schilling, Sonderkonto AAK, 355 Marburg/L.

Abdruck bei Quellenangabe und Zusendung von 2 Belegexemplaren gestattet.

EDITORIAL

"Der Zusammenbruch des Kolonialsystems hat die Positionen des Imperialismus entscheidend geschwächt. Im letzten Jahrzehnt ist die Rolle der antiimperialistischen Bewegung der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas im revolutionären Weltprozeß weiter gewachsen." Die Herausgeber des "Antiimperialistischen Informationsbulletins" teilen diese Einschätzung der Internationalen Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien von 1969 in Moskau ebenso wie die Bestimmung der Hauptkräfte im antiimperialistischen Kampf:

"Im Kampf gegen den Imperialismus vereinigen sich drei mächtige Kräfte der Gegenwart: das sozialistische Weltsystem, die internationale Arbeiterklasse und die nationale Befreiungsbewegung." Diese drei Hauptkräfte haben trotz aller Schwierigkeiten das Kräfteverhältnis zunehmend zu ihren Gunsten verändern können und immer bessere Bedingungen für den Befreiungskampf der unterdrückten Völker und Klassen geschaffen.

Der Imperialismus ist zwar außerstande, seine verlorene historische Initiative wiederzuerlangen, hat aber keineswegs an Gefährlichkeit verloren. Mit der Verschärfung seiner inneren Krisenhaftigkeit und des im Weltmaßstab bestehenden Grundwiderspruchs zwischen Imperialismus und Sozialismus geht gegenwärtig eine wachsende Aggressivität der imperialistischen Politik einher. Besonders deutlich manifestiert sich dies in der direkten Aggression der US-Imperialisten und ihrer Verbündeten gegen die nationalen Befreiungsbewegungen Asiens, Afrikas und Lateinamerikas.

In dieser Situation soll das "Antiimperialistische Informationsbulletin" vor allem folgende Aufgaben wahrnehmen:

- den Kampf der antiimperialistischen Bewegungen der drei Kontinente in deren Selbstdarstellung dokumentieren;
- den verbrecherischen und klassenbedingten Charakter imperialistischer Politik - insbesondere der USA und der BRD - aufdecken;
- diesen Kampf als Teil des gemeinsamen Kampfes aller fortschrittlichen Kräfte ins allgemeine Bewußtsein rücken;
- die Solidarität mit den nationalen Befreiungsbewegungen verstärken helfen, um damit auch einen Beitrag zum Kampf gegen die eigene herrschende Klasse zu leisten.

BESTELLUNGEN

für das

"Antiimperialistische Informationsbulletin"

Bezugspreis:

für 6 Nummern 7,50 DM einschließlich Porto
für 12 Nummern 12,50 DM einschließlich Porto
Einzelpreis 1,50 DM

Bei Abnahme von mehr als 10 Exemplaren 33% Ermäßigung.

Bestellungen an:

"Antiimperialistisches Informationsbulletin"
p.A. Barbara Schilling
355 Marburg/Lahn
Liebigstr. 46

Einzahlungen auf das PSchKto. Nr. 312 093,
PSchA Frankfurt/M., Barbara Schilling,
Sonderkonto AAK, 355 Marburg/Lahn

Antiimperialistisches
Informationsbulletin

7

bringt u. a.:

Dokumente über Kriegsverbrechen der USA in Indochina

Dokumentation über die Ereignisse in Chile

Wir bitten unsere Leser,
die verzögerte Auslieferung
der beiden letzten Nummern
sowie den Ausfall der Chile
Dokumentation zu entschuldigen.

Die Redaktion

Redaktionsschluß für diese Nummer war der
I. 12. 1970

ANGOLA

In Stockholm sprachen Bernhard von Mutius (Verband Deutscher Studentenschaften) und Frank Werkmeister (Antiimperialistisches Informationsbulletin) mit dem Präsidenten der Volksbefreiungsbewegung von Angola (MPLA), Dr. Agostinho Neto. Wir bringen einen Auszug aus diesem Gespräch, in dem es auch um die portugiesische Aggression gegen Guinea ging.

INTERVIEW MIT AGOSTINHO NETO

Frage: Dr. Neto, der Botschafter von Guinea, Diallo Abdoulaye, hat hier in Stockholm sehr deutlich die Hintergründe der Aggression gegen sein Land aufgezeigt. Wie beurteilen Sie die Ereignisse der letzten Wochen?

Neto: Ich möchte, daß Sie in der Bundesrepublik Deutschland wissen, welche Konsequenzen wir aus der Aggression gegen Guinea gezogen haben. Diese direkte Intervention der Kolonialisten in Guinea hat uns nicht überrascht. Sie ist ein Teil der Politik der Imperialisten. Es gehört zu ihrer Politik, direkt in den afrikanischen Staaten zu intervenieren, die die Befreiungsbewegungen unterstützen. Ähnlich wie die Franzosen eine Intervention gegen Tunesien unternahmen, als das algerische Volk in seinen Befreiungskampf eintrat. Was Portugal anbetrifft, so handelt es genauso, obwohl es nur ein kleines Land ist. In der Vergangenheit wurden auch Tansania, Kongo-Brazaville und andere mit Bombardements angegriffen. Erinnern Sie sich an die Tonking-Resolution der USA, an die heutigen Angriffe gegen die Demokratische Republik Vietnam oder an die Aggression gegen Korea, die nicht anders war, allerdings schwachvoll, da sie damals auch unter dem Banner der UNO lief. Die Imperialisten deklarieren solche Intervention und Aggression mit dem Hinweis, sie hätten das "Recht auf Verfolgung". So sind wir nicht überrascht, daß auch Portugal den gleichen Weg geht. Es handelt sich hier nicht um Fragen des Zufalls oder irgendeiner individuellen Entscheidung, sondern es geht hier klar um Fragen der Klassenpositionen.

Frage: Welchen Weg sehen Sie, um derartige Interventionen der Imperialisten gegen die Völker von Angola, Guinea und Mocambique künftig zu erschweren oder unmöglich zu machen?

Neto: Der Kampf der drei Befreiungsbewegungen FRELIMO, MPLA und PAIGC wird diese imperialistischen Machenschaften künftig erschweren

und verhindern. Den Imperialismus muß man nunmehr nicht nur in Worten, sondern auch an der militärischen Front niederkämpfen. So betrachten wir von der nationalen Befreiungsbewegung unseren Kampf als Teil des gesamten Kampfes gegen den Imperialismus. Was die Imperialisten unter "Frieden" verstehen, haben sie jetzt wieder mit der Aggression gegen Guinea gezeigt. Wir werden sie im Namen des Friedens politisch und militärisch schlagen.

Frage: Dr. Neto, das "Antiimperialistische Informationsbulletin", der Verband Deutscher Studentenschaften und andere Organisationen möchten Sie gerne für den Januar 1971 in die BRD einladen. Sind Sie bereit, eine solche Einladung anzunehmen?

Neto: Ich bedanke mich für Ihre Einladung und verspreche Ihnen, daß ich im Januar 1971 in Ihr Land kommen werde, um über die Verbrechen des portugiesischen Kolonialismus und über den Kampf der Befreiungsbewegungen zu berichten.

REFERAT UND MATERIALIEN ÜBER DEN KOLONIALKRIEG PORTUGALS GEGEN DIE VÖLKER ANGOLAS, GUINEAS UND MOCAMBIQUES

Inhalt:

1. Die Geschichte des portugiesischen Kolonialismus in Afrika
2. Der bewaffnete Befreiungskrieg
 - 2.1 Die Ursachen des bewaffneten Befreiungskampfes
 - 2.2 Geschichte des nationalen Befreiungskampfes
 - 2.2.1 Angola
 - 2.2.2 Mocambique
 - 2.2.3 Guinea-Bissau
 - 2.3 Das Leben in den befreiten Gebieten
 - 2.4 Der Antiguerillakrieg
3. Die neue Strategie der Portugiesen
 - 3.1 Die Großraumstrategie
 - 3.2 Die Politik der "offenen Tür"
 - 3.3 Die ökonomischen Interessen der BRD in den portugiesischen Kolonien
 - 3.4 Die militärische Unterstützung durch die BRD
4. Die Politik der SPD/FDP-Regierung

Anhang:

Dokumente und Materialien

Umfang: 60 Seiten

Preis: DM 3.- (Für Abonnenten und Sammelbestellungen (ab 10 Stück) 33% Ermäßigung)

Bestellungen: Antiimperialistisches Informationsbulletin, p.A. Barbara Schilling, 355 Marburg, Liebigstraße 46

STOCKHOLM/ KRIEGSVER- BRECHER- KOMMISSION

Vom 22. - 25. 10. 1970 tagte in Stockholm die "Internationale Untersuchungskommission über die Kriegsverbrechen der USA in Indochina".

An dieser Konferenz, die von der Presse der BRD vollständig verschwiegen wurde, nahmen international bekannte Autoritäten auf den Gebieten des Völkerrechts, der Medizin, der Biologie usw. teil. Außerdem wurden Augenzeugen aus allen indochinesischen Staaten vernommen. Ebenso sagten ehemalige Soldaten der US-Armee vor dieser Kommission aus.

Wir setzen hiermit den in unserer letzten Nummer begonnenen Abdruck der wichtigsten Konferenzmaterialien fort. Weitere Dokumente werden im AIB Nr.7 erscheinen.

PROF. ARKADY POLTORAK: DIE KRIEGSVERBRECHEN DER USA IN VIETNAM UNTER DEM ASPEKT DES GELTENDEN VÖLKERRECHTES

(...)

Das hier vorgelegte Beweismaterial läßt uns zu dem Schluß kommen, daß die von den amerikanischen Truppen und deren Verbündeten verübten Kriegsverbrechen in drei Gruppen unterteilt werden können:

- I. Bombardierung der Zivilbevölkerung und bewohnter Gebiete
- II. Anwendung verbotener Mittel der Kriegführung
- III. Verbrechen gegenüber der Zivilbevölkerung in den von den US-Truppen besetzten Gebieten Südvietnams

I. Bombardierung der Zivilbevölkerung und bewohnter Gebiete

Vor langer Zeit schon hat das Völkerrecht die Bombardierung friedlicher Städte und der Zivilbevölkerung verboten, indem es den Wirkungsbereich militärischer Aktionen auf militärische Objekte beschränkte:

1. Die vierte Haager Konvention über das Kriegsrecht (1907) besagt: "Es ist verboten, unver-

teidigte Städte, Dörfer, Wohnstätten und Gebäude auf irgendeine Weise anzugreifen oder zu bombardieren." Die Vereinigten Staaten haben diese Konvention unterzeichnet.

Nach demselben Prinzip verbot die vierte Haager Konvention die Bombardierung von unverteidigten Häfen, Dörfern, Wohnstätten und Gebäuden vom Meer her.

2. Nach dem ersten Weltkrieg stellte sich die Frage der strafrechtlichen Verantwortung für die vorsätzliche Bombardierung der friedlichen Bevölkerung. Der Liste an Kriegsverbrechen, deren Deutschland von den alliierten Mächten angeklagt war, wurde die folgende Bestimmung hinzugefügt: "Es ist verboten, in vorbedachter Weise offene, schutzlose Gebiete zu bombardieren."

3. 1923 arbeiteten in Den Haag Juristen aus sechs Ländern (USA, Großbritannien, Frankreich, Italien, Japan, Holland) einen Entwurf der Haager Bestimmungen für die Luftkriegführung aus. Die Bestimmung Nr. 22 verbietet Terrorbombardierungen und die Schädigung der Zivilbevölkerung und aller nichtmilitärischen Personen. Die Bestimmung Nr. 24 betont, daß nur die Bombardierung militärischer Objekte erlaubt ist. Sind aber militärische Objekte nur bei starker Bombardierung der Zivilbevölkerung zu treffen, so müssen die Luftstreitkräfte die Bombardierung unterlassen.

Der leitende Gedanke dieser Haager Bestimmungen war: Das Verbot, Luftstreitkräfte mit dem Ziel einzusetzen, der Zivilbevölkerung Schaden und Zerstörung zu bringen. Diese Haager Bestimmungen waren die von berufener Seite festgesetzten, allgemein anerkannten Grundsätze der Kriegführung.

4. Auf der Abrüstungskonferenz von 1932 stellt eine EntschlieÙung der Generalkommission fest: "Luftangriffe gegen die Zivilbevölkerung müssen verboten werden."

5. Eine EntschlieÙung der 19. Vollversammlung des Völkerbundes von 1938 enthält eine ähnliche Bestimmung.

Bevor wir uns den entsprechenden Gesetzen aus der Zeit nach dem zweiten Weltkrieg zuwenden, ist es erforderlich, uns einige Dokumente in Erinnerung zu rufen, die hinreichend beweisen, daß die Vereinigten Staaten niemals das Verbot der Bombardierung nicht-militärischer Objekte in Frage gestellt haben. Damals zögerten amerikanische Regierungsstellen nicht, eine gerechte Einschätzung solcher Bombardierungen vorzunehmen. Am 22. September 1937 gab die Regierung der Vereinigten Staaten auf die

Mitteilung, Japan sei im Begriff, sich auf die Bombardierung der chinesischen Stadt Nanking vorzubereiten, die folgende Erklärung ab:

"Die Regierung der Vereinigten Staaten ist überzeugt, daß jede umfangreiche Bombardierung eines bewohnten Gebietes, in dem die Bevölkerung ihrer friedlichen Beschäftigung nachgeht, unerlaubt ist und gegen alle Grundsätze der Gerechtigkeit und Menschlichkeit verstößt."

Auch einige Zeit danach vertraten die Vereinigten Staaten die gleiche Position: Am 3. Juni 1938 gab das amerikanische Außenministerium im Zusammenhang mit der Bombardierung Chinas und Spaniens die folgende offizielle Erklärung ab: "Das amerikanische Volk und die amerikanische Regierung bedauern zutiefst bestimmte militärische Unternehmungen, die sich im Fernen Osten und in Europa abgespielt haben. Wenn solche militärischen Unternehmungen die Form einer unerbittlichen Bombardierung unbefestigter Plätze annehmen, wenn sie der Zivilbevölkerung, besonders Frauen und Kindern Tod und Verderben bringen, dann kann die amerikanische öffentliche Meinung solche Methoden nur noch als barbarisch betrachten." Das Außenministerium meinte, "daß eine allgemeine Bombardierung weiter Gebiete ... allen Grundsätzen der Gerechtigkeit und Menschlichkeit widerspricht ... Unsere Regierung ... spricht noch einmal die tief empfundene Mißbilligung unseres Volkes aus über solche Handlungen, die die elementarsten Grundsätze menschlichen Verhaltens, die einen bedeutsamen Teil unserer gegenwärtigen Zivilisation ausmachen, verletzen."

6. Im Jahre 1945 erklärt das Statut des Internationalen Militärgerichtshofes: "Die sinnlose Zerstörung von Städten und Dörfern, die nicht durch militärische Notwendigkeit gerechtfertigt ist", stellt eines der schwersten Kriegsverbrechen dar. Die Genfer Konvention zum Schutze der Zivilbevölkerung während des Krieges (1949) stellt fest: "Personen, die nicht direkt an militärischen Unternehmungen beteiligt sind, müssen zu jeder Zeit menschlich behandelt werden..."

"Aus diesem Grunde sind folgende Handlungen verboten: Anschläge gegen das Leben und die körperliche Unversehrtheit des Menschen, so besonders alle Formen des Mordes, der Verstümmelung, der grausamen Behandlung und des Folterns."

In einem Satz zusammengefaßt, besagen alle eben aufgeführten Bestimmungen des Völkerrechts, daß es grundsätzlich verboten ist, kriegerische Handlungen gegen friedliche

Städte und gegen die Zivilbevölkerung zu unternehmen. C. Hyde, ein bekannter amerikanischer Jurist schreibt in diesem Zusammenhang: "Die allgemein verbreitete Übereinstimmung verurteilt Bombardierungen, deren Ziel es ist, die Bevölkerung des feindlichen Landes zu terrorisieren, oder die gegen Ziele gerichtet sind, deren teilweise oder vollständige Zerstörung dem Angreifer nicht den geringsten militärischen Vorteil gibt."

Alle diese Bestimmungen sind nun keineswegs geheim, und, was noch bedeutsamer ist, die Regierung der Vereinigten Staaten hat die wichtigsten von diesen Gesetzen des Völkerrechts unterzeichnet. Dies erklärt vielleicht die Tatsache, daß ab und zu Erklärungen abgegeben werden, die Luftwaffe der Vereinigten Staaten bombardiere in Indochina ausschließlich militärische Ziele. Im August 1967 gab die United Press International (UPI) eine Meldung durch, die offenbar die Aufgabe hatte, die offizielle Kriegführung in diesem Punkt zu erläutern. In dieser Meldung wird behauptet, daß die amerikanische Kriegführung "Luftangriffe auf dichtbevölkerte Gebiete, eindeutig nicht-militärische Ziele wie Schulen, Krankenhäuser und kirchliche Gebäude ausschließe." "Und darüberhinaus", so heißt es weiter in der Meldung, "gibt es in den höchsten Regierungskreisen keinerlei Anzeichen, daß irgendwelche Abweichungen von diesem Grundsatz in Betracht gezogen würden." Der Generalstabschef der amerikanischen Kriegsmarine, Admiral Maurer, behauptete, daß die amerikanischen Piloten die Zielbombardierungen in Nordvietnam "nahezu mit der Präzision eines Chirurgen" vornähmen.

(Wir, die Mitglieder dieser Untersuchungskommission, haben auf unserem Besuch in Vietnam das Beweismaterial mit unseren eigenen Augen gesehen! Es wird unsere Aufgabe sein, zu beurteilen, in welchem Umfang diese offiziellen amerikanischen Erklärungen den Tatsachen entsprechen.)

Ich möchte an die Aussagen von drei amerikanischen Piloten erinnern, die jetzt Kriegsgefangene sind. Sie sagten aus, daß sie selber und auch die anderen Piloten die Bombardierungsaufträge nach "Zonen" und "Gebieten" ausführten.

Es ist sehr gut bekannt, daß die Genfer Konvention von 1949 über den Schutz der Zivilbevölkerung während eines Krieges in der Bestimmung Nr. 14 die Schaffung von "Sicherheitszonen" sowohl in Kampfgebiet als auch in den besetzten Gebieten vorsieht. In diesen Sicherheitszonen sollen die Verwundeten, Kranken

und andere Gruppen der Zivilbevölkerung Schutz vor den Kampfhandlungen finden. Diese Bestimmung Nr. 14 der Konvention in Verbindung mit der Bestimmung Nr. 11 des Zusatzabkommens besagt fernerhin, daß diese Sicherheitszonen "unter keinen Umständen angegriffen werden dürfen und daß sie zu jeder Zeit unter dem vollen Schutz der Kriegsparteien stehen müssen." Auch diese Genfer Konvention von 1949 ist von den Vereinigten Staaten unterzeichnet worden.

Unter vollständiger Mißachtung dieser humanen Bestimmungen des Völkerrechtes hat das amerikanische Oberkommando, wie das gesamte Beweismaterial zeigt, in Vietnam keine Sicherheitszonen sondern "free-fire"-Zonen ¹⁾ geschaffen, innerhalb derer unbeschränkte Gewalttätigkeit gegenüber der Zivilbevölkerung offiziell gebilligt ist. Die Errichtung dieser "free-fire"-Zonen weist darauf hin, daß die Vereinigten Staaten sich offenkundig weigern, die Grundsätze des Völkerrechtes und insbesondere die Genfer Konvention zum Schutze der Zivilbevölkerung im Krieg aus dem Jahre 1949, zu beachten.

II. Anwendung verbotener Mittel der Kriegführung

Das Beweismaterial, das dieser Untersuchungskommission vorliegt, zeigt, daß die amerikanischen Luftstreitkräfte in umfangreicher Weise viele verbotene Mittel der Kriegführung anwenden.

Vor langer Zeit schon hat das Völkerrecht den kriegführenden Parteien die unbeschränkte Freiheit, sich jedes beliebigen Mittels zu bedienen, um dem Gegner zu schaden, genommen. Die Bestimmung Nr. 22 des Zusatzabkommens zur Vierten Haager Konvention von 1907 setzt fest: "Die kriegführenden Parteien haben kein unbegrenztes Recht, Mittel zu wählen, die dem Gegner schaden."

Zu diesen Kriegsmitteln zählen Giftgase, die von den amerikanischen Streitkräften umfangreich in Indochina eingesetzt werden. Natürlich ist es sehr gut bekannt, daß der Einsatz dieser Waffe durch verschiedene Gesetze des Völkerrechtes verboten ist. Von diesen Gesetzen seien die folgenden hier aufgeführt:

1. Die Haager Konvention von 1899 verbietet die Anwendung von Geschossen, "deren einziger Zweck es ist, zur Erstickung führende oder sonstige schädliche Gase zu verbreiten."
2. Die Haager Konvention von 1907 verbietet "die Anwendung von Giften oder giftigen Waffen."

3. Der Versailler Friedensvertrag von 1919 verbietet die Anwendung von "zur Erstickung führenden, giftigen oder ähnlichen Gasen, sowie anderer Flüssigkeiten, Substanzen oder Methoden dieser Art."
4. Der Washingtoner Vertrag von 1922 verbietet den Einsatz chemikalischer Mittel der Kriegführung.
5. Das Genfer Protokoll von 1925 stellt fest, "daß der Einsatz zur Erstickung führender, giftiger oder ähnlicher Gase, sowie die Anwendung anderer Flüssigkeiten, Substanzen und Verfahrensweisen dieser Art von der öffentlichen Meinung der zivilisierten Welt zu Recht verurteilt wird", und daß "das Verbot ihrer Anwendung in Verträgen festgelegt worden ist, die von den meisten großen Staaten unterzeichnet worden sind." Im Hinblick hierauf einigten sich die Unterzeichner des Genfer Protokolls, das Verbot auf die Anwendung bakteriologischer Mittel der Kriegführung auszudehnen.

Es ist deshalb vollständig einleuchtend, daß die Anwendung von Giftgasen durch die amerikanischen Streitkräfte in Indochina eine flagranteste Verletzung allgemein anerkannter Grundsätze des Völkerrechtes darstellt.

Die Vereinigten Staaten haben zwar das Genfer Protokoll von 1925 unterzeichnet, doch bis heute ist es nicht ratifiziert worden. Es ist jedoch selbstverständlich, daß diese Tatsache die Vereinigten Staaten nicht von der Verantwortung entlastet, zu dem Mittel der chemikalischen Kriegführung gegriffen zu haben. Wie wir gesehen haben, wurde das Verbot der Anwendung chemikalischer Kriegsmittel in vielen Gesetzeswerken des Völkerrechtes schon vor 1925 niedergelegt. Daher faßte das Genfer Protokoll nur Bestimmungen des Völkerrechtes zusammen, die schon lange vorher ausgearbeitet worden waren. Es bekräftigte schon lange bestehende internationale Gepflogenheiten, die ja in Wirklichkeit die Quelle des Völkerrechtes sind. Ich erlaube mir, in diesem Zusammenhang den bekannten englischen Fachmann auf dem Gebiet des Völkerrechtes, Georg Schwarzenberger, zu zitieren: "Das Verbot der chemikalischen und bakteriologischen Kriegführung, wie es in dem Genfer Protokoll niedergelegt worden ist, muß als eine Bestätigung internationaler Gepflogenheiten betrachtet werden, daß für alle Staaten gleichermaßen verpflichtend ist. Deshalb spielt es auch keine Rolle, ob eine bestimmte Regierung das Genfer Protokoll von 1925 nun unterzeichnet hat oder nicht."

Es ist von Interesse, daran zu erinnern, daß es ein Antrag des Präsidenten der Vereinigten Staaten, Herbert Hoover, war, auf Grund dessen die Generalkommission der Abrüstungskonferenz von 1932 die Anwendung von Giftgasen in ihrer Entschließung vom 23. Juni 1932 verurteilte. (...)

Bei ihren Versuchen, den Gebrauch chemikalischer Waffen zu rechtfertigen, behaupten amerikanische Stellen oft, die Streitkräfte der USA würden in Südvietnam nur Gase einsetzen, die nicht unter die Verbote des Völkerrechtes fielen, so etwa Gase, die für Menschen nicht tödlich seien.

In diesem Zusammenhang aber muß betont werden, daß das Völkerrecht den Unterschied zwischen tödlichen und nicht-tödlichen Gasen nicht kennt. Das Genfer Protokoll von 1925 stellt fest, "daß das Verbot der Anwendung von Giftgasen in Verträgen festgelegt wurde, die die meisten großen Staaten unterzeichnet haben." Das Protokoll bezieht sich also auf zurückliegende Verträge und Übereinkommen. Hier ist es notwendig, auf die Haager Konvention von 1899 zu verweisen, die die Anwendung von Kriegsmitteln verbietet, "deren einziger Zweck es ist, zur Erstickung führende oder schädliche Gase zu verbreiten". Alle nachfolgenden völkerrechtlichen Vereinbarungen, die vorher aufgeführt wurden, verbieten die Anwendung von Gasen, wobei sie keinen Unterschied zwischen "zur Erstickung führenden" und "schädlichen" Gasen machen.

Deshalb kann in keiner Weise bezweifelt werden, daß die Anwendung aller dieser Gase eine grobe Verletzung des Völkerrechtes darstellt. Die Vorbehalte, mit denen Präsident Nixon seine Vorlage an den Senat über die Ratifizierung des Genfer Protokolls von 1925 verband, sind ein weiterer Versuch der Vereinigten Staaten, die Praxis ihrer chemikalischen Kriegführung zu rechtfertigen. Selbst im Falle einer Ratifizierung würden die Vereinigten Staaten sich das Recht vorbehalten, die gleichen Gase, die sie jetzt gebrauchen, auch fernerhin einzusetzen. Wir wissen auf Grund des vorliegenden Beweismaterials, daß der Einsatz dieser Giftgase Hunderttausende von Vietnamesen vergiftet und getötet hat. Solche Vorbehalte, mit dem Zweck, den Vereinigten Staaten ein Recht zum Einsatz bestimmter Gase einzuräumen, kann nur zu einer Abschwächung des Genfer Protokolls und zu der Fortführung der chemikalischen Kriegführung in Vietnam führen. Die Anwendung von Giftgasen ist aber nicht die einzige verbotene Art der Kriegführung, die von den amerikanischen Trup-

pen praktiziert wird.

Es ist sehr wohl bekannt, daß die Amerikaner in Südvietnam Napalm und andere Explosivstoffe, die Phosphor enthalten, zum Einsatz bringen. Jeder kennt die Folgen dieser Waffen. Wir haben das entsprechende Beweismaterial und die Photographien gesehen.

Das Völkerrecht jedoch, und besonders die Bestimmung Nr. 22 der Vierten Haager Konferenz von 1907 über die Gesetze der Landkriegführung, verbieten Methoden der Kriegführung, die "unnötiges Leiden" verursachen. Es muß deshalb festgestellt werden, daß die Anwendung von Napalm und Phosphorgasen eine Verletzung des Völkerrechtes darstellt.

III. Verbrechen, die in den besetzten Gebieten Südvietnams begangen wurden

Umfangreiches Beweismaterial ist der Untersuchungskommission vorgelegt worden, das die Kriegsverbrechen zeigt, die von den amerikanischen Streitkräften und ihren Saigoner Komplizen in den besetzten Gebieten von Südvietnam begangen wurden. Wir sprechen hier von "besetzten" Gebieten, denn die USA, die die Aggression begangen und ihre Truppen illegal nach Südvietnam geschickt haben, sind schon seit mehreren Jahren nichts anderes als Besatzungsmacht. Dies bedeutet, daß während dieser Besetzung die Behörden des Landes sich streng an bestimmte Bestimmungen des Völkerrechtes halten müssen, die in dem Teil der Genfer Konvention von 1949 niedergelegt sind, der sich besonders mit der Behandlung der Zivilbevölkerung beschäftigt.

Diese Genfer Konvention zum Schutze der Zivilbevölkerung in Kriegszeiten sieht in ihrer Bestimmung Nr. 27 vor, "daß die Zivilpersonen der besetzten Gebiete unter allen Umständen das Recht haben, die Achtung ihrer Persönlichkeit, ihrer Ehre, ihres Familienstandes, ihrer religiösen Überzeugungen, ihrer Traditionen, Gewohnheiten und Gebräuche zu fordern. Die Zivilpersonen müssen immer menschlich behandelt werden, und besonders sind sie vor allen gewalttätigen Handlungen und vor Einschüchterung zu schützen..."

Wir haben die Aussagen von Zeugen, Vietnamesen und Amerikanern gehört, Aussagen über die verschiedenen Formen des schrankenlosen Terrors, wie "search and destroy", Hausdurchsuchungen, Massenmord, Verschleppungen, Verhaftungen und anderen Arten einer Willkürherrschaft. Wir zweifeln nicht daran, daß alle diese Handlungen eine direkte Verletzung der Bestimmung Nr. 27 der oben zitierten Genfer Konvention darstellen.

Die Kommission verfügt über zahlreiches Be-

weismaterial, das zeigt, welche einer erniedrigenden Behandlung die Frauen in Vietnam unterworfen sind. Ich denke, daß bei der Auswertung dieser Tatsachen die Untersuchungskommission nicht zögern sollte, wiederum die Bestimmung Nr. 27 der Genfer Konvention heranzuziehen, die festsetzt: "Frauen müssen einen besonderen Schutz erhalten gegenüber allen Anschlägen auf ihre Ehre; besonders sind sie gegen Vergewaltigung, gegen erzwungene Prostitution und gegen jede Form von Gewalttätigkeit, die ihren Anstand verletzt, zu schützen."

Wir haben viele Beweise von monströser Grausamkeit gesehen, wie sie in Gefängnissen und Lagern, in denen vollständig unschuldige Leute für lange Zeit eingesperrt sind, praktiziert werden. Diese Praktiken stellen eine grobe Verletzung der Bestimmungen der Genfer Konvention von 1949 dar. Hier wird kategorisch verboten: die Festnahme und Bestrafung ohne gerichtliches Verfahren, das von einem rechtmäßig zusammengesetzten Gericht durchzuführen ist und in welchem dem Angeklagten alle Rechtssicherheiten, wie sie in zivilisierten Staaten üblich sind, zu gewähren sind.

Wir haben somit die drei Gruppen der Kriegsverbrechen untersucht und in jedem Fall haben wir uns bemüht, eine juristische Bewertung zu geben.

Diese Verbrechen sind aber alle so beschaffen, daß es möglich ist, sie einer allgemeinen Bewertung unterzuordnen. Diese allgemeine Bewertung besteht aus schon bekannten einzelnen Faktoren.

I. Die Bombardierungen

Wie schon dargelegt, hat der Umfang der Bombardierungen - in absoluten Zahlen gemessen - nicht seinesgleichen in der Geschichte des Krieges. Die langfristigen Auswirkungen dieser Bombenabwürfe werden noch verstärkt durch die Tatsache, daß das Ziel so intensiver Bombardierungen ein nahezu nur Ackerbau betreibendes Land ist. In dem, wie der frühere Verteidigungsminister McNamara selber zugab, die Anzahl der militärischen Ziele "an den Fingern einer Hand abgezählt werden kann." Ein solches Land also ist dem ständigen Regen schwerer Bomben ausgesetzt, von denen besonders die "special antipersonnel fragmentation and delayed action bombs" 2) unter der Zivilbevölkerung große Opfer fordern. Darüberhinaus sind Bombardierungen direkt gegen Bewässerungsdämme und Deiche gerichtet, was zur Vernichtung der Ernten und zu Hungersnöten führen kann. Mit Recht können wir deshalb zu dem Schluß kommen, daß die jahrelangen,

ununterbrochenen Bombardierungen Vietnams durch die USA zu einem Mittel der Massenvernichtung der Zivilbevölkerung geworden sind.

2. Der Einsatz chemikalischer Mittel der Kriegführung

Das Material, das der Kommission vorliegt, beweist, daß giftige Substanzen in großem Umfang eingesetzt werden, die zu ungeheuren Verlusten der Zivilbevölkerung führen.

Die Tatsachen zeigen, daß das Versprühen chemischer Substanzen (Unkrautvertilgungs- und Entlaubungsmittel) mit dem Ziel, die landwirtschaftliche Produktion zum Erliegen zu bringen, umfangreich betrieben wird. Nach bisher noch unvollständigen Zahlenangaben beträgt das so verseuchte Ackerland 13.000 qkm. An Waldgebieten wurden bisher 25.000 qkm verseucht.

Diese Art der Kriegführung wird nicht nur ohne jeden Zweifel zu Hungersnöten führen, sondern sie wird schließlich Bedingungen schaffen, die die vollständige Vernichtung der Zivilbevölkerung zur Folge haben werden. Es muß noch darauf hingewiesen werden, daß die ausgedehnte Zerstörung der Waldgebiete negative Auswirkungen auf das Klima hat, was wiederum die landwirtschaftliche Produktion erheblich beeinträchtigt.

Wenn wir die bereits vorgebrachten Tatsachen durch die Ergebnisse wissenschaftlicher Untersuchungen ergänzen, die nachweisen, daß die umfangreiche Anwendung von Unkrautvernichtungsmitteln unvermeidlich das menschliche Leben bedrohen wird und darüberhinaus zukünftige Generationen bedrohen kann - dann erst werden die Auswirkungen dieser verbotenen Methode der Kriegführung voll sichtbar.

3. Verbrechen, die in den besetzten Gebieten Südvietnams begangen werden.

Der Kommission stehen unzählige Beweismittel zur Verfügung, die den großen Umfang dieser Verbrechen zeigen: Hunderttausende von Opfern des Saigoner Regimes sind in Gefängnissen und Konzentrationslagern zusammengepfercht, wo sie ein langsamer Tod erwartet.

Die Kommission hat auch Beweismaterial gesammelt, das Hinweise auf die bewußte Vernichtung des kulturellen und geistigen Lebens des vietnamesischen Volkes gibt. Durch das Zusammenwirken verschiedener Arten von militärischen Aktionen hat die massive Vernichtung entweder zur teilweisen oder zur vollständigen Zerstörung aller Arten von Schulen, Universitäten oder sonstigen kulturellen Einrichtungen geführt. Das Beweismaterial zeigt die umfang-

reiche Verwüstung von Kirchen, Klöstern und Pagoden.

1948 wurde die Konvention über den Völkermord (genocid) unterzeichnet. Völkermord wird hier als ein Verbrechen definiert, dessen Ziel es ist, "vollständig oder teilweise eine bestimmte nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe zu vernichten." Die Kommission führt dann im einzelnen aus, worin dieses Verbrechen besteht: "Mord, Verursachung ernsthaften körperlichen oder geistigen Leidens und Aufzwingen von Bedingungen, die zu einer teilweisen oder vollständigen physischen Vernichtung eines Volkes führen.

Die Art und der Umfang der Verbrechen, die schon seit mehreren Jahren von den amerikanischen Streitkräften in Vietnam begangen werden, sind geeignet, einen Völkermord zu verursachen, und haben in der Tat schon dahin geführt.

Angesichts dieser Tatsachen können wir die Versuche zurückweisen, die Verbrechen der amerikanischen Streitkräfte und ihrer Komplizen als Exzesse einzelner Soldaten oder als die Folge mangelnder Zurückhaltung gewisser Offiziere darzustellen.

Da diese Verbrechen in solch einem Umfang begangen werden und da ihre Beschaffenheit und die Art ihrer Ausübung die Anwendung von Massenvernichtungsmitteln erfordern, scheidet die Privatinitiative einzelner Offiziere oder Soldaten der US-Armee in Vietnam als die alleinige Ursache dieser ungesetzlichen Handlungen aus. Die einzig verlässliche Schlußfolgerung, die man hieraus ziehen kann, ist: diese Verbrechen, die von den amerikanischen Streitkräften begangen werden, haben offiziellen Charakter.

In diesem Zusammenhang könnte es nützlich sein, Professor Telford Taylor, einst oberster Ankläger bei den Nürnberger Prozessen und jetzt Professor an der Columbia Universität, zu zitieren "... Ein Menschenleben in Vietnam bedeutet nichts ...", soweit es die amerikanischen Streitkräfte angeht. Professor Taylor ist der Meinung, daß die Frage der Verantwortlichkeit für die Verbrechen der amerikanischen Streitkräfte in Vietnam nicht dadurch gelöst werden kann, daß einige niedere Offiziere vor Kriegsgerichte gestellt werden. "Dieses Problem", so schreibt er im 'San Francisco Chronicle', "berührt die gesamte Befehlsstruktur der amerikanischen Kriegführung in Vietnam, sowohl deren militärische, als auch deren politische Seite."

Dieser Satz enthält die Antwort auf die Fra-

ge, wer die Hauptverantwortung für die amerikanischen Kriegsverbrechen in den Ländern Indochinas trägt.

Es ist eine bekannte Tatsache, daß Verbrechen in Südvietnam nicht nur von den amerikanischen Streitkräften, sondern ebenso von den Saigoner Behörden begangen werden. In diesem Zusammenhang entsteht das Problem der Verantwortlichkeit dieser Saigoner Behörden für ihre Handlungen.

In Übereinstimmung mit allgemein anerkannten Grundsätzen des Strafrechts hat jeder, der ein Verbrechen begangen hat, die strafrechtliche Verantwortung für das, was er getan hat, zu tragen. Aber damit ist das Problem der Verantwortlichkeit noch nicht gelöst.

Wir betonen, daß in Übereinstimmung mit den allgemeinen Grundsätzen der Lehre von der Komplizenschaft die Hauptverantwortung für alle Verbrechen, die gegen die Völker Indochinas schon begangen wurden oder noch begangen werden, bei den Vereinigten Staaten von Amerika liegt.

Im Hinblick auf die Charta des internationalen Militärtribunals von Nürnberg finden wir hier: eine Verschwörung zur Ausübung von Verbrechen, die gegen den Weltfrieden gerichtet sind, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit, begangen durch die USA. Paragraph 6 dieser Charta legt fest, daß die Verantwortung für alle Handlungen, die in Ausführung dieser Verschwörung begangen werden, von allen Beteiligten getragen wird - seien es die Anführer, die Organisatoren, die Anstifter oder nur die Mitwirkenden.

Dies bedeutet, daß es bei der Ausführung einer Verschwörung verschiedene Formen der Beteiligung gibt.

Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die Anführer und die Organisatoren dieser Verschwörung die Vereinigten Staaten von Amerika sind. Sie luden zur Teilnahme als Mitwirkende die Streitkräfte einiger anderer Staaten ein. Ihre aktivsten Mitwirkenden sind natürlich die Saigoner Behörden. Diese repräsentieren bestimmte Kräfte der vietnamesischen Gesellschaft, die zu jedem Verrat an den Interessen des Volkes bereit sind, um für sie vorteilhafte soziale Verhältnisse aufrecht zu erhalten und zu stärken.

Es gibt aber einen Unterschied zwischen den anderen Mitwirkenden an der Verschwörung und dem Saigoner Regime: Letzteres ist praktisch jedweder Form der Unabhängigkeit beraubt. Es ist ein Marionetten-Regime.

Die Methode, sich solcher Regierungen zu bedienen, ist nicht neu. Im 2. Weltkrieg finden wir eine Fülle Beispiele hierfür. Deutschland und Japan bedienten sich dieser Art Politik. Quisling in Norwegen, Laval in Frankreich und Phu-I in der Mandschurei sind deutliche Beispiele. Hier muß daran erinnert werden, daß die Urteilsprüche der Internationalen Militärtribunale von Nürnberg und Tokio, die die Techniken der Schaffung und des Gebrauchs von Marionettenregimen darlegen, auch von den Vereinigten Staaten unterzeichnet worden sind.

Tatsächlich ist ein solches Marionettenregime von den Vereinigten Staaten in Saigon errichtet worden. Mit den oben erwähnten Marionettenregimen hat es das typische Kennzeichen gemeinsam: die vollständige Abhängigkeit von seinem Schöpfer. Diese Tatsache wird von offizieller amerikanischer Seite bestätigt.

(...)

"Anstatt den Krieg zu vietnamisieren, sollten wir lieber versuchen, die südvietnamesische Regierung zu vietnamisieren. Was ich damit sagen will? Nun ich denke, ich will das folgende damit sagen: Ich glaube, es ist eine grausame, ja sogar eine moralisch verwerfliche Politik der Vereinigten Staaten, erst einen ihr unterworfenen Staat in Südvietnam zu schaffen und dann diesen Staat dazu anzutreiben, mit Hilfe unseres Geldes und unserer Waffen eine Politik der Vernichtung seines eigenen Volkes durchzuführen."

Diese Sätze stammen von dem amerikanischen Senator Mc Govern aus seinem Interview mit der Zeitung 'Christian Science Monitor' vom 5. Januar 1970. Deutlicher und überzeugender kann der eigentliche Charakter der Politik der Vietnamisierung nicht ausgedrückt werden. Ähnliche Aussagen gibt es von den Senatoren Harold Hughes und Stephen Young, von Averell Harriman, von New Yorks Oberbürgermeister John Lindsay, von dem früheren Verteidigungsminister Clark Clifford und anderen.

Der eigentliche Charakter der Vietnamisierungspolitik, die in der Presse eine solche Beachtung findet, muß vor dem Hintergrund solcher Aussagen gesehen werden. Selbstverständlich zieht es jeder aggressive Staat vor, seine Ziele mit den Soldaten anderer zu erreichen und für diese Ziele die Soldaten oder Söldner seiner Verbündeten bis zum letzten Mann kämpfen zu lassen.

Aber niemals kann diese Tatsache den Charakter oder die juristische Bewertung von Handlungen eines solchen Staates ändern. Die

Tatsachen beweisen, daß die USA das Saigoner Regime errichtet haben, daß sie es waren, die in allen Fällen, wenn sie es für notwendig hielten, die Führungsstruktur dieses Marionettenregimes nach ihrem Willen geändert haben.

Es ist eine Tatsache, daß die ganze Verwaltung des Saigoner Regimes von amerikanischen "Beratern" durchgesetzt ist, daß die Saigoner Armee von amerikanischen Behörden geschaffen und mit allen Arten von Waffen ausgerüstet und beliefert wird, daß das amerikanische Kriegsministerium auf den Territorien der Vereinigten Staaten und Südvietnams Offiziere für die Saigoner Armee ausbildet, deren Unterhaltungskosten bestreitet, und, was wichtig ist, sie im Geiste der amerikanischen Militärdoktrin erzieht, die mittlerweile ziemlich gut bekannt ist.

Die verbrecherischen Bombenüberfälle gegen die Länder Indochinas werden von den Saigoner Luftstreitkräften Seite an Seite mit den Amerikanern begangen. Aber sie werden mit amerikanischen Flugzeugen ausgeführt, die abgeworfenen Bomben sind in Amerika hergestellt, die Piloten sind in den Vereinigten Staaten ausgebildet, und, was entscheidend ist, diese Bombenüberfälle entsprechen der amerikanischen Konzeption über den Luftkrieg. Das Gleiche gilt für die chemikalische Kriegführung.

Bei der Erörterung der Verbrechen in Gebieten, die von den US- und Saigoner-Truppen besetzt sind, ist auch die Tatsache zu beachten, daß diese Verbrechen mit den allgemeinen Grundsätzen der Besatzungspolitik übereinstimmen, wie sie von den amerikanischen Streitkräften, besonders im "speedy pacification"-Programm (Programm der beschleunigten Befriedung) in der "Operation Phoenix" 3) und ähnlichen Maßnahmen entwickelt und ausgeführt wurden.

Unter diesen Bedingungen kann vom juristischen Standpunkt die Frage der Verantwortlichkeit nur in einer Weise beantwortet werden: Die Hauptverantwortung für die Verbrechen, die von den Saigoner Behörden begangen werden, liegt bei den Vereinigten Staaten von Amerika. (...)

In diesem Zusammenhang muß darauf hingewiesen werden, daß die amerikanischen Ankläger und Richter beim Internationalen Militärtribunal von Nürnberg und Tokio ohne Zögern die ganze Verantwortung für Verbrechen, die von Marionettenregierungen und jedweden Arten von Kollaborateuren begangen wurden, Deutschland bzw. Japan zugeschrieben haben.

Wir sind der Meinung, daß in Übereinstimmung mit dem Artikel Nr. 43 der Vierten Haager Konvention von 1907 die befehlshabenden Offiziere von amerikanischen Einheiten in Südvietnam die volle Verantwortung für alle Verbrechen tragen, die bei der Anwesenheit ihrer Streitkräfte begangen werden. Ich glaube, daß es in diesem Zusammenhang notwendig ist, sich auf die Sätze eines Mitglieds des amerikanischen Militärtribunals in Nürnberg zu beziehen. Bei der Erörterung der Verantwortung eines der in der Sache "Süd-Ost" angeklagten Generale führte dieses Tribunalmitglied aus: "Die Unfähigkeit des Angeklagten, ungesetzlichem Morden Einhalt zu gebieten und die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um deren Wiederholung zu verhindern, stellt einen ernsten Bruch der Pflichten eines Offiziers dar und führt zu strafrechtlicher Verfolgung."

(...)

(Quelle: Hektografierte Konferenzmaterialien)

- Anmerkungen d. Red.:
- 1) Als "free fire" Zonen werden jene Gebiete bezeichnet, in denen die US-Truppen auf alles bewegliche und unbewegliche ohne besonderen Befehl schießen dürfen.
 - 2) Hierbei handelt es sich um die Kugelbombe (siehe AIB Nr.2) und um Zeitzünderbomben
 - 3) Die Operation "Phoenix" war eine besondere Aktion im Rahmen des "Pazifizierungsprogramms. Der hervorstechendste Zug dieses Programmes war die Anordnung, daß jeder, der im Verdacht steht ein potentieller Verbündeter der FNL zu sein, zu liquidieren sei.

DIE VERBRECHERISCHEN BOMBARDIERUNGEN DES LAOTISCHEN VOLKES DURCH DIE US- IMPERIALISTEN

Durch die Massenbombardierungen des Gebiets von Xiengkhouan und der Ebene der Tonkrüge mit Hilfe der Flugzeuge der US-Air-Force, haben die amerikanischen Imperialisten erstmals am 17. Mai 1964 einen neuen Schritt in Richtung auf die direkte Beteiligung der Vereinigten Staaten im Aggressionskrieg gegen Laos getan, der als "Spezialkrieg" geführt wird. Danach wurden diese Bombardierungen sehr bald wahllos auf ganz Laos ausgedehnt. Das Ausmaß der Grausamkeiten und ihre Tragweite nahm von Tag zu Tag und von Jahr zu Jahr zu. Im Jahre 1966 fand erneut eine Eskalation der amerikanischen Bombenangriffe statt: Die strategischen Bomber vom Typ B-52 begannen ihre massiven Angriffe im Süden von Laos und am 17. Februar 1970 weiteten sie ihre Bombenteppiche bis in den Norden von Laos aus.

Eine Bilanz der Einsätze, die die US-Flugzeuge aller Typen geflogen haben, weist einen deutlichen Anstieg von Jahr zu Jahr auf:

1964	monatlich	210	Angriffe
1965	"	2 490	"
1966	"	3 990	"
1967	"	5 400	"
1968	"	12 000	"
1969	"	15 000	"

Seit Anfang 1970 waren es monatlich 22 000 bis 30 000 Einsätze.

Während dieser Bombardierungen haben die Vereinigten Staaten mit Ausnahme von Atomwaffen alle Zerstörungs- und Vernichtungswaffen angewendet - auch solche, die völkerrechtlich verboten sind. Genauer gesagt: Spreng-, Kugel-, Napalm-, Phosphor- und Magnetbomben, Raketen, Fernlenkgeschosse, chemische Giftstoffe, usw... Sie haben dabei weder Pagoden noch Krankenhäuser noch Schulen geschont; sie haben Hunderte von größeren und kleineren Dörfern, sowie Krankenhäuser, Schulen, Pagoden, Städte und Provinzhauptstädte zerstört. Sie haben einige Tausend Zivilisten getötet und verwundet. Tausend Stück Vieh kamen um und Tausende Tonnen Rohreis gingen in Flammen auf. Große Waldgebiete wurden in kahle Flächen verwandelt. Viele Ortschaften, in denen man früher in Frieden, Wohlstand und Glück leben konnte und die angenehme Aufenthaltsorte für Besucher waren, wurden verwüstet. Dort gibt es kein lebendes Wesen mehr, die Reis- und Gemüsegelder und die Gärten liegen brach.

Die folgenden Angaben geben Zeugnis von den schändlichen Verbrechen der amerikanischen Imperialisten gegen das laotische Volk.

1964 - 1968

(...)

1969

DIE PROVINZ LUANG PRABANG

- Am 5.7.1969 verursachten die Bombardierungen und Bordwaffenangriffe der amerikanischen Düsenflugzeuge und der T-28 auf Ban Na To, Na Lo, Na Mo, Na Khang, Ban Muong Ngoi und auf das Zentrum von Muong Ngoi 15 Tote und Verwundete, unter ihnen 2 Kinder; 2 Pagoden und 20 Wohnhäuser wurden dabei zerstört.
- Am 15. und 17.7.1969 haben amerikanische Flugzeuge 9 Dörfer um Muong Ngoi bombardiert und dabei 3 Frauen, 1 Bonzen (buddhistischer Priester) getötet und 13 Zivilisten verletzt; die Häuser, Pagoden und Getreidespeicher der angegriffenen Dörfer wurden dem Erdboden gleich gemacht.

DIE PROVINZ PHONG SALY

- Am 26.1.1969 wurden durch mehrere Luftangriffe mit Düsenflugzeugen und T-28 die Gebiete von Ban Nam Ho und Sang Toi im Distrikt Muong Houn schwer bombardiert und zerstört; es gab 10 Tote und mehrere Dutzend Verletzte; sehr viele Häuser brannten ab und eine große Zahl am Fluß gelegener Felder wurden vollkommen zerstört.

DIE PROVINZ XIENG KHOUANG

- Vom 13. bis zum 20.3.1969 haben Düsenflugzeuge vom Typ AD-6 und die T-28 in 650 Angriffsflügen Spreng-, Kugel- und Napalmbomben abgeworfen; die Städte Khang Khayet und Xieng Khouang wurden zerstört, 64 Dörfer und 8 Pagoden dem Erdboden gleichgemacht und eine große Zahl Zivilisten und buddhistischer Priester wurden getötet.
- Vom 20.6. bis zum 20.7.1969 haben die amerikanischen Marionetten eine große Zahl von Angriffswellen geflogen; dabei wurden einige Male schätzungsweise bis zu 200 Einsätze täglich unternommen. Sie haben vernichtende Bombenangriffe in den dichtbesiedelten Gebieten der Provinz Xieng Khouang durchgeführt: 118 Zivilisten wurden dabei getötet oder verletzt. Es kamen 6 646 Rinder und 700 Pferde um; 2 140 Wohnhäuser und 20 Pagoden wurden zerstört und 1 000 Tonnen Rohreis gingen in Flammen auf.
- Am 17.7.1969 wurden von amerikanischen

Düsenflugzeugen in Hunderten von Angriffsflügen Kugel- und Sprengbomben auf das Dorf Ban Phöne abgeworfen; dabei wurden 6 Menschen getötet: 4 Kinder und 2 Greise. Weitere 6 Personen wurden verletzt. 14 Wohnhäuser brannten ab und große bebaute Felder wurden zerstört.

- Vom 3. bis zum 9.8.1969 wurden von verschiedenen Flugzeugtypen in 700 Luftangriffen 2 200 Spreng- und Kugelbomben auf die Gebiete von Ban Nan, Som Se, Nam Ti-ene, Nam Mat, Nam Pöt, Nam Neun und auf die Städte Phone Savanh und Khangkhay abgeworfen. Der Einsatz dieser Bomber hat allein in den beiden Dörfern Ban Ban und Som Se 22 Tote gefordert, unter ihnen waren Kinder, schwangere Frauen und alte Leute.

DIE PROVINZ SAM NEUA

- Am 11.7.1969 haben mehrere Kampfflugzeuge der Vereinigten Staaten Muong Poa bombardiert, dabei töteten sie einen Zivilisten, andere Zivilisten und 1 buddhistischer Priester erlitten schwere Verletzungen.
- Am 13.7.1969 wurden während eines Bombenangriffs gegen Ban Xieng Louang, bei dem Kugel- und Sprengbomben eingesetzt worden waren, 2 Zivilisten getötet und 4 weitere verletzt.
- Am 23.7.1969, um 3 Uhr morgens, wurden von amerikanischen Flugzeugen chemische Giftstoffe über den Gebieten von Sop Kat und Hua Muong versprüht; mehrere Zivilisten erlitten dabei schwere Vergiftungen und große Waldgebiete wurden entlaubt.

DIE PROVINZEN SAVANNAKHET, KHAM MOUANE, ATTOPEU

- Vom 8.1. bis zum 14.1.1969 wurden in 5 036 Angriffen - darunter 253 Einsätzen von B-52 - von den amerikanischen Bombenflugzeugen 21 509 Sprengbomben, 466 Brandbomben, 442 Kugelbomben und 7 Luftminen über den Gebieten von Savannakhet, Kham Mouane und Attopeu abgeworfen. Im Tagesdurchschnitt haben die Aggressoren 719 Einsätze geflogen und 3 129 Bomben über den genannten Gebieten abgeworfen. In den betroffenen Gebieten entstanden große Menschen- und Materialverluste.
- Am 17.2.1969 wurden von den strategischen Bombern B-52 in 30 Einsätzen mit 900 Tonnen Bomben, die auf die Dörfer Ban Kok Kang, Tang A Lay, Na Kha und Nong Sec abgeworfen wurden, 57 Menschen getötet oder verwundet; mehrere Dörfer wurden dem Erdboden gleichgemacht und große landwirtschaftliche Flächen zerstört.
- Vom 17. bis 23.3.1969 haben die amerikanischen Kampfbomber, die B-52 inbegriffen, in

4 218 Angriffen 10 666 Sprengbomben, 531 Brandbomben und 614 Splitterbomben auf diese Gebiete geworfen. Fast 100 Menschen wurden verletzt; Hunderte von Wohnhäusern, Pagoden und Krankenhäusern brannten aus, und fast 200 bebaute Felder wurden verwüstet.

DIE PROVINZ SAVANNAKHET

- Am 4., am 10., am 14., am 17. und am 26.4. 1969 haben mehrere Formationen der strategischen Bomber B-52 5 000 Tonnen Sprengbomben, Kugel- und Magnetbomben auf die Dörfer Ban Tang A Lay, Dong Noi, Na Chang, Ban Phou, Kham Xay (im Distrikt Muong Phine), Ban Vang Leng (im Distrikt Stépons) abgeworfen; dabei wurden fast 100 Menschen getötet oder verletzt; einige hundert Stück Vieh kamen um; mehrere Pagoden wurden zerstört und viele Dörfer vernichtet.

- Am 4.5.1969, von 7 bis 15 Uhr, haben mehrere Formationen von Düsenflugzeugen und B-52 ihre Bombenladungen auf das Dorf Ban Kham Xay im Distrikt Muong Phine in pausenlosen Angriffen abgeworfen, wobei 17 Zivilisten getötet wurden oder Verletzungen erlitten, 30 Wohnhäuser zerstört wurden und 36 Rinder umkamen. Nach diesem Bombardement haben die amerikanischen Marionetten 3 Hubschrauber in das genannte Gebiet gesandt, um die materielle Existenzgrundlage der Bevölkerung zu vernichten.

- Am 7.7.1969 wurden von mehreren Formationen amerikanischer Flugzeuge in 200 Angriffen Sprengbomben auf die dichtbesiedelten Gebiete von Muong Mong im Distrikt Mahaxay abgeworfen; 15 Menschen wurden dabei getötet, weitere 8, darunter Frauen und Kinder, erlitten Verletzungen; zudem sind mehrere Hektar bewirtschafteten Bodens verwüstet worden.

- Am 7.9., am 6.10. und am 10.10. 1969 haben amerikanische Flugzeuge die dichtbesiedelten Gebiete im Distrikt Muong Phine mit chemischen Giftstoffen besprüht und dadurch 169 Dorfbewohner vergiftet, von denen mehrere starben.

DIE PROVINZ OUDOMXAY

- Am 30.6.1969, um 17 Uhr, wurden von 3 Kampfflugzeugen T-28 und 4 Düsenflugzeugen, Napalm- und Phosphorbomben auf das Dorf Ban Do im Distrikt Muong Beng abgeworfen; 34 Menschen wurden getötet oder verletzt und 15 Wohnhäuser brannten ab.

- Vom 3. bis zum 8.9.1969 wurden von amerikanischen Düsenflugzeugen und von T-28 Sprengbomben, Zeitzünd- und Kugelbomben auf die dichtbesiedelten Gebiete um Muong Beng abgeworfen; sie zerstörten 12 der 16 großen Dör-

fer in dem genannten Gebiet; 32 Zivilisten, von denen der größte Teil Frauen und Kinder waren, wurden getötet oder verletzt; 500 Familien sind obdachlos und ohne Mittel zum Überleben.

DIE PROVINZ VIENTIANE

- Am 1. und 2.9.1969 wurden von mehreren amerikanischen Düsenflugzeugen chemische Giftstoffe über den dichtbesiedelten Gebieten von Pha La Veck, Phou Pha Nang, Phou Vieng, Nam Thien, Nam Pung, und Phou Huatt versprüht; mehrere Dorfbewohner, von denen die meisten alte Menschen waren, wurden getötet oder vergiftet, die Vegetation wurde vernichtet.

1970

DIE PROVINZ XIENGHOUANG

- Von 22 Uhr des 17.2.1970 bis um 3 Uhr des folgenden Tages wurden in 27 Einsätzen von den strategischen Kampfflugzeugen B-52 Bombentepiche auf einen Streifen von nur 10 km, von Ban Son nach Khangkay, gelegt; ein großer Teil der Dorfbewohner wurde getötet und ihre Dörfer und Pagoden wurden dem Erdboden gleichgemacht, ihre bebauten Felder wurden verwüstet.

- Vom 7. bis zum 13.2. und am 17.2.1970 haben amerikanische Kampfflugzeuge verschiedener Typen die Dörfer Ban Som Phou, Kom Phat, Chom Tong pausenlos bombardiert und beschossen; 22 Menschen wurden getötet und 25 verletzt. Noch unmenschlicher ist, daß die Flugzeuge selbst auf die evakuierte Bevölkerung Kugel- und Napalmbomben abgeworfen haben. Dabei gab es 10 Tote und Verletzte.

- Am 23.3.1970 wurden von den B-52 auf die Umgebung des Dorfes Xienhouang ungeheure Mengen von Sprengbomben abgeworfen; mehr als 100 Menschen aus der Zivilbevölkerung wurden dabei getötet und verwundet. - Im Zuge der Kampfhandlungen wurden an diesem Tag in der gleichen Provinz von den patriotischen Streitkräften einige Soldaten der Marionettenregierung gefangengenommen.

DIE PROVINZEN SAVANNAKHET UND TA VAN OK

- In den Monaten Januar und Februar 1970 waren 12 Bezirke dieser Provinzen Zielscheibe forcierter Massenbombardierungen amerikanischer Düsenflugzeuge; 31 Zivilisten wurden getötet und 30 wurden schwer verletzt; 246 Wohnhäuser und 19 Tonnen Reis gingen in Flammen auf; 67 Rinder verendeten.

- Vom 1. bis zum 10.4.1970 bei 18 616 Einsätzen von Düsenflugzeugen und 1 000 Angriffen der Bomber B-52, wurden 80 000 Tonnen Sprengbomben abgeworfen sowie Zehntausende von Kugel-

und Napalmbomben. Das entspricht einem Tagesdurchschnitt von 465 Düsenflugzeugangriffen und 25 Einsätzen von B-52, die 200 Bomben auf die Provinzen abgeworfen haben. Es starben 17 Menschen aus der Zivilbevölkerung und 20 wurden verletzt; 18 größere Dörfer in den Distrikten Muong Nam Hom, Muong Phine und Muong Nong wurden dem Erdboden gleichgemacht.

DIE PROVINZ SARAVANE

- Am 6.3.1970, um 12 Uhr, bombardierten 2 T-28 das dichtbesiedelte Dorf Ban Ka Chit; 4 Menschen wurden getötet und 2 verletzt; es entstand erheblicher Sachschaden.
- Am 11.3.1970, um 10 Uhr, bombardierten amerikanische Düsenflugzeuge 5 Stunden lang Ban Saly und Savang; 31 Menschen, von denen die meisten Kinder, Frauen und alte Leute waren, starben und 16 wurden schwer verletzt.

Je schmutziger die Verbrechen der USA sind, umso größer wird der Haß des laotischen Volkes auf die amerikanischen Imperialisten. Das laotische Volk hat ihnen eine gerechte Antwort erteilt: es hat mehr als 1 500 amerikanische Flugzeuge abgeschossen, dabei wurden über 100 amerikanische Piloten getötet oder verletzt. Der Mythos der "Unüberwindlichkeit der US-Air-Force" wurde auf diese Weise zerstört.

(Quelle: Hektografierte Konferenzmaterialien)

DRV

ERKLÄRUNG DER DELEGATION DER REGIERUNG DER DRV AUF DER PARISER VIETNAMKONFERENZ ZUR BOMBARDIERUNG MEHRERER ORTSCHAFTEN DER DRV DURCH DIE AMERIKANISCHE LUFTWAFFE AM 21.11.1970

Am 21.11.1970 hat die Regierung Nixon mehrere Gruppen Flugzeuge entsandt, um den Luftraum der Demokratischen Republik Vietnam über Hai-phong, Quang Ninh, Ha Tây und Hoa Binh zu verletzen. Die amerikanischen Flugzeuge haben bestimmte dichtbevölkerte Gebiete bombardiert und mit Waffen beschossen und dadurch Verluste unter der Zivilbevölkerung verursacht. Ein Gefangenlager mit in Nordvietnam gefangen genommenen Luftpiraten wurde getroffen und eine Anzahl der letzteren ist verwundet worden.

Am gleichen Tage hat der amerikanische Ver-

teidigungsminister, Melvin Laird, die erwähnten kriegerischen Akte zugegeben und dabei zynisch vorgegeben, sie seien als "Repressalien gegen die Beschließung amerikanischer Aufklärungsflugzeuge durch die Flugzeugabwehr" unternommen worden.

Fest entschlossen, die Souveränität und die Sicherheit der Demokratischen Republik Vietnam zu verteidigen, haben die bewaffneten Streitkräfte und die Bevölkerung den amerikanischen Aggressoren die verdiente Strafe erteilt: Nach ersten Informationen wurden 5 amerikanische Flugzeuge abgeschossen.

Die Entsendung von mehreren Flugzeugen zu massiven Angriffen gegen verschiedene Ortschaften mitten in der DRV und gegen die Provinz Quang Binh durch die Regierung Nixon stellt einen äußerst schwerwiegenden kriegerischen Akt gegen die Demokratische Republik Vietnam dar, eine flagrante Verletzung ihrer Souveränität und ihrer Sicherheit, eine flagrante Verletzung des von den USA gefaßten Beschlusses, alle Bombardierungen und kriegerischen Akte gegen die DRV definitiv und bedingungslos einzustellen, eine Herausforderung des vietnamesischen Volkes, der Völker Indochinas, des amerikanischen Volkes und der nach Frieden und Gerechtigkeit strebenden progressiven Menschheit. Die oben erwähnten verbrecherischen Akte der Regierung Nixon sind integraler Bestandteil eines zielstrebigen Planes feindlicher Manöver gegen die DRV, eines Planes, der am 13.11.1970 vom Verteidigungsminister Melvin Laird und am 19.11.1970 vom Vertreter der US-Regierung auf der Pariser Vietnamkonferenz, im Verlauf der 92. Sitzung dieser Konferenz zugegeben worden ist.

Das ganze vietnamesische Volk und die Regierung der Demokratischen Republik Vietnam richten eine ernste Warnung an die Regierung Nixon und verurteilen diese äußerst schwerwiegenden kriegerischen Akte, die eine schwere Belastung der Pariser Vietnamkonferenz darstellen.

Falls die amerikanischen Aggressoren weiter darauf bestehen, die Souveränität und die Sicherheit der DRV anzugreifen, das Territorium, den Luftraum und die Hoheitsgewässer der DRV zu verletzen, so werden das vietnamesische Volk und seine bewaffneten Streitkräfte nicht versäumen, ihnen noch härtere Schläge zu versetzen. Die Regierung Nixon trägt die volle Verantwortung für die Konsequenzen, die sich aus ihren kriegerischen Akten gegen die Demo-

kratische Republik Vietnam ergeben.

21.11.1970

(Quelle: Hektografiertes Material der Pressekonferenz vom 21.II.1970)

SÜDVIETNAM

ZEHN JAHRE FNL (20.12.1960 - 20.12.1970)

"20. Dezember 1970 - 10 Jahre FNL von Süd-Vietnam"

Am 20. Dezember 1960 wurde die südvietnamesische nationale Befreiungsfront gegründet (FNL). Sechs Jahre des politischen Kampfes für die Verwirklichung der Genfer Vietnam-Abkommen von 1954, für die Respektierung der nationalen Grundrechte des vietnamesischen Volkes - Unabhängigkeit, Souveränität, Einheit und territoriale Integrität - waren ihr vorausgegangen. 90.000 Tote, 180.000 Verletzte, 800.000 Inhaftierte, von denen 600.000 durch die Folter zu Invaliden wurden - das war die blutige Bilanz von sechs Jahren der Terrorkampagnen zur "Denunzierung der Kommunisten" unter dem Diem-Regime. Von 1954-1960 stand ihm das vietnamesische Volk waffenlos gegenüber. Angesichts der wachsenden Bedrohung bildeten sich in der großen Aufstandsbewegung von 1959/60 die ersten Ansätze zum bewaffneten Kampf heraus: der Aufstand von Ben Tre im Januar 1960, angeführt von der jetzigen stellvertretenden Kommandantin der Volksbefreiungsarmee, Frau Nguyen thi Dinh, war der eigentliche Auftakt des nationalen Befreiungskampfes. Zum ersten Mal war ein Volksaufstand auf Provinzebene dank der glücklichen Verbindung von bewaffneter und politischer Gewalt siegreich. Im Februar 1960 folgte der erste bedeutende militärische Sieg in der Provinz Tay Ninh: 260 Partisanen konnten die Festung Tua Hai einnehmen, 400 Feinde töten, 800 Gewehre und 200 automatische Schnellfeuerwaffen sowie weiteres Material erbeuten. Damit wurde das erste Bataillon der patriotischen Bewegung ausgestattet. Tua Hai war der Auftakt des Befreiungskrieges.

Die Zuspitzung des Kampfes der Bevölkerung schuf die Bedingungen zur Bildung einer nationalen Einheitsfront. Mit der Gründung der Front war eine neue Phase im Kampf um Unabhängigkeit und Freiheit erreicht. Nguyen Huu Tho, dem erst 1961 nach siebenjähriger Haft die Flucht gelang, wurde in Abwesenheit zum Präsidenten der FNL gewählt. Schon Ende 1961 wurden die Presseagentur "Befreiung" und "Radio Befreiung" gegründet. 30 zentrale und regionale Zeitungen, einige in den Sprachen der nationalen Minderheiten, propagandierten die Politik des Bündnisses aller nationalen Kräfte zur Vertreibung der US-Aggressoren. 25 revolutionäre Massenorganisationen und 3 Parteien vereinigten sich in der FNL. Auf dem 1. Kongreß vom 26.2. - 3.3.1962 wurde die Bildung eines offiziellen Zentralkomitees der FNL beschlossen, das 52 Mitglieder zählen sollte. Zunächst wurden nur 31 gewählt, um 21 Plätze für spätere Beitritte offenzuhalten. In der Zeit vom 1. bis zum 2. Kongreß vom 1.1. bis 8.8. 1964 konsolidierten sich der Apparat und die Führung der FNL in allen Bereichen: ein System verschiedener Spezialkommissionen wurde geschaffen: wie z.B. eine militärische Kommission, eine Wirtschafts- und Finanzkommission, eine Kulturkommission, eine Informationskommission, eine Gesundheitskommission usw. Allmählich konnte ein tatsächlicher Staatsapparat aufgebaut werden, der 4/5 des Landes mit mehr als 10 Millionen Einwohnern verwaltet. Nach den großen Siegen der FNL während der Tet-Offensive im Frühjahr 1968 kam es im zweiten Halbjahr zu Wahlen in allen Gemeinden, Bezirken und Provinzen und zur Errichtung von Revolutionären Volkskomitees. Mit der im Frühjahr 1968 gegründeten Allianz der nationalen, demokratischen und Friedenskräfte bildete die FNL im Juni 1969 die Provisorische Revolutionäre Regierung der Republik Südvietsnam.

Der nationale Befreiungskampf steht, um ein Bild der FNL aufzugreifen, auf den zwei Beinen des politischen und bewaffneten Kampfes. "Bis zur gegenwärtigen Stunde bildet die enge Verbindung von politischem und bewaffnetem Kampf die grundlegende Form der revolutionären Gewalt in Südvietsnam; sie ist die am besten geeignete Form, um gegen den Neokolonialismus zu kämpfen. Sie wurde im Aufstand angewandt, aber auch, um dem "Spezialkrieg" und später dem "lokalen Krieg" der US-Imperialisten entgegenzutreten." ¹⁾ Ausgehend von einer dialektischen Analyse des Kräfteverhältnisses in Südvietsnam entwickelte die FNL eine politisch-militärische Volksstrategie, deren Ziel es war, alle vorhandenen Kräfte für den re-

volutionären Befreiungskampf zu mobilisieren. So entstand eine "Offensivstrategie, die in einem engen Bündnis von politischem und bewaffnetem Kampf besteht, wobei die Betonung auf dem politischen Kampf liegt; drei Angriffsspitzen, die militärische Aktion, die politische Aktion der Massen und die Agitation bei den Feindtruppen laufen zusammen - und der Feind wird gleichzeitig in den drei strategischen Bereichen gestellt: auf dem Land, in den Bergen und in den Stadtzentren." 2)

Ihre Politik des Bündnisses aller Kräfte, die für Unabhängigkeit, Demokratie und Neutralität und sozialen Fortschritt sind, hat die FNL im politischen Programm von 1967 dargestellt, wo es abschließend heißt: "Im höchsten Interesse des Vaterlandes möge die gesamte Bevölkerung Südvietnams geschlossen wie ein Mann ihre Einheit festigen und Schulter an Schulter, vorangetrieben durch unsere Siege, vorwärtsschreiten bis zur vollständigen Niederlage der US-Aggressoren und ihrer Lakaien, der Marionettenverwaltung, und gemeinsam mit unseren Landsleuten im Norden glorreich jenes große Vorhaben verwirklichen: den Süden befreien, den Norden verteidigen, und den Weg zur friedlichen Wiedervereinigung des Vaterlandes einschlagen! Die Südvietnamesische Nationale Befreiungsfront verpflichtet sich, sich des Vertrauens unserer Freunde in den fünf Kontinenten stets würdig zu erweisen. Das vietnamesische Volk wird mit Sicherheit siegen! Die US-Aggressoren und ihre Lakaien werden mit Sicherheit geschlagen werden! Das Programm der Südvietnamesischen Nationalen Befreiungsfront wird mit Sicherheit verwirklicht werden! Kämpfer und Landsleute des Südens, schreitet tapfer voran unter dem glorreichen Banner der Südvietnamesischen Nationalen Befreiungsfront!" 3)

Antimperialistisches Arbeitskomitee (AAK)

Anmerkungen:

1. Le Duan, Vorwärts unter dem siegreichen Banner der Oktoberrevolution, in französischer Sprache, Hanoi, 1969, 2. Auflage, S. 42
2. Etudes Nr. 23, SudVietnam: Du FNL au Gouvernement Revolutionnaire Provisoire, S. 40
3. nach Dokumente und Materialien der vietnamesischen Revolution, Marxistische Taschenbücher, Bd. 1, Dokument 2.2. S. 61

Der folgende Beitrag schließt sich an den Bericht über die Lage in den Städten Südvietnams, der in Nr. I des AIB abgedruckt wurde, an. Er wird fortgesetzt werden.

GABRIELE SPRIGATH: ZUR LAGE IN DEN STÄDTEN

"Es scheint, daß der hartnäckigste Feind Südvietnams nicht der Vietcong ist, sondern die Inflation." (New York Times, 4.5.1966). 1969/70 hat sie sich zu einer galoppierenden Inflation ausgewachsen, in der sich das Scheitern der "Vietnamisierung" am deutlichsten widerspiegelt. Der "International Monetary Funds" hat zugegeben, daß 1968 die Inflationsrate in Saigon mit 41% (verglichen mit 1967) die höchste der 30 Länder ist, die Gegenstand der Untersuchung waren.

Eine der Wurzeln der Inflation ist die US-"Wirtschaftshilfe". In den Händen der US-Imperialisten ist sie ein wichtiges Instrument ihrer neokolonialistischen Politik: die "Wirtschaftshilfe" brachte Südvietnam in vollständige Abhängigkeit von den USA: sie verwandelte Südvietnams Wirtschaft in eine "Konsumwirtschaft" und führte gleichzeitig zum ständigen Rückgang der Eigenproduktion. Südvietnam ist nicht nur "Absatzmarkt" für die US-Kriegsproduktion, sondern auch Absatzmarkt für die US-Überschüsse an Konsumgütern. 85% der eingeführten Waren sind Konsumgüter. Nur 15% sind Waren, die der Produktion dienen. Der Anteil der US-amerikanischen und japanischen Produkte am Gesamtimport hat zugenommen: 1955 - 1969 sind die US-Importe um 550% gestiegen. Das sind 63% der Saigoner Gesamtimporte (Japan 30-35%, Frankreich : 1-5% der Gesamtimporte).

Der Außenhandel Südvietnams ist, gemessen an der Einfuhr, längst zusammengebrochen: noch vor 1960 entsprach der Gesamtwert der Exporte 26% der Importe. Während des "Spezialkrieges", also bis 1965, betrug dieser Anteil 20%. Seit 1968 sind es nur noch 1,8% und seit 1969 nur 1,5% (nach: Chan Hung Kinh Te, 9.4.1970).

Die landwirtschaftliche Produktion Südvietnams, in der noch immer 80% der Bevölkerung beschäftigt sind, ist praktisch bedeutungslos geworden. Flächenbombardements, Napalm, chemische Giftstoffe haben immer größere Flächen für den Anbau unbrauchbar gemacht. Südvietnam muß heute Reis einführen; noch vor 1960 waren Reis und Kautschuk die Hauptexportgüter und die wichtigsten Devisenquellen. Der Export von Rohkautschuk ist von 80.000 Tonnen jährlich

auf 25.000 Tonnen gesunken, und ist immer noch Hauptdevisenquelle. Die Zuckerproduktion war vor dem Krieg ausreichend für den Eigenbedarf - heute müssen jährlich 200.000 Tonnen Zucker eingeführt werden - die Eigenproduktion erreicht kaum 25.000 Tonnen (nach: Kinh Te Tai chinh-Wirtschaft und Finanzen - no. 637, 16.1.1970). Die Forstwirtschaft mußte praktisch eingestellt werden, nachdem die Wälder durch die chemische Kriegführung verheerende, für die Ökologie unabsehbare Schäden erlitten haben. Ebenso ist der Fischfang, der noch 1964 ca. 1 Million Tonnen Fisch einbrachte, durch die ununterbrochenen Operationen weitgehend behindert.

Seit 1968 stagniert die Industrieproduktion und ist im Moment nahe am Zusammenbruch. Der Industriekomplex An Hoa - Nong Son ist vollständig vernichtet. Der Komplex Bien Hoa, der immer als Musterbeispiel südvietnamesischer Wirtschaft galt, produziert nur sporadisch. Der Komplex Thu Duc produziert recht und schlecht, während Can Tho im Aufbau begriffen ist. Alle anderen bestehen nur in Projekten. Die US-Bombardierungen Anfang 1968 haben die Vorstädte zerstört und der Industrie Schäden zugefügt, die auf 5 Milliarden Piaster, davon 4 Milliarden für die Textilindustrie, geschätzt werden. (nach: "Zentrum industrieller Entwicklung", Saigon). Der Import von 70 Millionen Metern Stoff hat die örtliche Industrie ruiniert; 30 Millionen Meter Stoff, die im Lande produziert wurden, blieben unverkauft. Die ausländischen Investitionen - ein wichtiger Faktor bei der Stützung eines neokolonialistischen Regimes - sind schon von 1964 bis 1965 von 337 Millionen Piaster auf 17 Millionen Piaster zurückgegangen (nach: Chan Hung Kinh Te, 9.4.1970). Seit der "Vietnamisierung" wird in der Industrie noch weniger investiert als je zuvor.

Der Rückgang der Produktion sowie die negative Handelsbilanz führen zur unaufhaltsamen Entwertung des Piasters. In mehr als 10 Jahren ist der Piaster drei Mal abgewertet worden: von 35 Piastern auf 60 Piaster pro Dollar 1964, dann 1966 auf 118 Piaster. Am 3.10.1970 wurde die jüngste Abwertung vorgenommen: der offizielle Dollarkurs wurde auf 275 Piaster festgesetzt - nachdem er schon im Juni auf dem Schwarzmarkt bei 410 Piastern lag und dort am 4.10. sogleich auf 520 Piaster anstieg.

Die Folge ist eine unaufhaltbare Welle von Preissteigerungen. Die US-Zeitung 'Baltimore Sun' schrieb von Preissteigerungen von 20% vom 1.1.1970 bis Ende Mai 1970. Die jüngste Abwertung hat eine neue Welle ausgelöst: Fleischprei-

se sind sofort um 20% gestiegen, Eier um 30% und Gemüse um 70%. Der Preis des Importreises, das Grundnahrungsmittel, ist um 100% gestiegen. Besonders für Beamte und Lohnempfänger wirken sich die Preissteigerungen katastrophal aus. Ein Beamter, der 7.000 Piaster im Monat verdient (ein Soldat: 4.200, eine Lehrerin ca. 2.300, ein Polizist: 3.000), kann die Lebensgrundlage seiner Familie nicht mehr sichern (pro Kopf täglich 251 Piaster). Auch die jüngste Erhöhung der Gehälter für Staatsangestellte um 20% ist durch die Preiswelle bereits überholt.

Die Anwesenheit des US-Expeditionskorps und der Satellitentruppen, die das Land mit einer Dollarflut überschwemmen, ist ein wichtiger Faktor der Inflation. Hinzu kommt das durch die Kriegführung aufgeblähte Budget der Saigoner Marionettenregierung: Die Kriegsausgaben betragen 121.500 Millionen Piaster, das sind fast 2/3. Allein für 1970 hat Saigon ein Defizit von 92.500 Millionen Piastern zugegeben (65.500 wenn man die US-Hilfe abzieht). Im Frühjahr 1970 erhielt Thieu durch die Annahme eines Ausnahmegesetzes für 5 Monate alle Vollmachten, um die Wirtschaftskatastrophe einzudämmen. Das Scheitern aller Maßnahmen bestätigte ihm Nguyen Cao Ky persönlich: "Unsere wirtschaftliche Situation ist aussichtslos. Man ist über das Versagen der jüngsten wirtschaftlichen und finanziellen Maßnahmen nicht erstaunt..." (4.7.1970, Rede bei einem Essen der Assoziation der Direktoren der Saigoner Zeitungen).

Die Folge der Inflation und der Wirtschaftskatastrophe ist der Zerfall der gesellschaftlichen Struktur, der sich in den ständig wachsenden sozialen Mißständen abzeichnet: zunehmende Arbeitslosigkeit - das Saigoner Regime veröffentlicht keine Statistiken zu diesem Problem! Verelendung der Masse der Stadtbevölkerung, Prostitution in allen Varianten, Jugendkriminalität, Alkoholismus usw.

Angesichts dieser sich zuspitzenden Situation sieht sich die Clique Thieu-Ky-Khiem in zunehmendem Maß isoliert. Auf die drängenden Forderungen der Bevölkerung nach demokratischen Freiheiten und nach Frieden antwortet sie mit immer brutalerer Unterdrückung: Im Verlauf der Kampagne "Vi Dan" (Für das Volk) wurden zwischen dem 15.9. und 28.10. allein in Saigon 82.000 Personen festgenommen; Thieu erklärte vor kurzem, daß er die Bemühungen zur Verschärfung der Kampagne "Phönix" verstärken wird - "Vi Dan" ist nur ein Aspekt dieser Verschärfung... Die wachsende Repression entlarvt

immer deutlicher den faschistischen Charakter dieses Regimes, und immer breitere Schichten schließen sich dem Kampf für Unabhängigkeit und Freiheit an. Ausdruck der wachsenden Isolierung der Clique Thieu- Ky-Kiem ist auch die jüngste Friedensinitiative der Provisorischen Revolutionären Regierung vom 17.9.1970 in 8 Punkten, in der es u.a. heißt, daß die Provisorische Revolutionäre Regierung bereit ist, "ab sofort Kontakte mit den Kräften und Personen aller politischer und religiöser Tendenzen im Inland und im Ausland aufzunehmen, einschließlich der Personen, die der gegenwärtigen Saigoner Verwaltung angehören, mit Ausnahme von Thieu, Ky und Khiem." (Siehe Anti-imperialistisches Informationsbulletin Nr. 4)

Arbeitskämpfe

Auf Grund der Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage durch die "Härtesteuern" war es im Januar 1970 zum ersten Generalstreik der Arbeiter gekommen. Am 25. Juni kam es zum zweiten, unbegrenzten Generalstreik.

28.5.: Streik der Arbeiter von Thu Duc gegen die willkürliche Entlassung von 283 Arbeitern durch die US-Unternehmer und gegen die Lohnsenkungen von 30 und 70%.

9.6.: 24stündiger Solidaritätsstreik der Hafenarbeiter von Saigon.

15.6.: 24stündiger Warnstreik von 60.000 Arbeitern für die Erfüllung ihrer Forderungen.

25.6.: Die Gewerkschaften rufen einen unbegrenzten Generalstreik aus, um die Forderungen der Arbeiter von Thu Duc durchzusetzen: Wiedereinstellung der 283 Entlassungen, Recht auf gewerkschaftliche Organisation, Aufhebung der Lohnsenkungen. Der Generalsekretär der Union der Gewerkschaften gibt am 29.6. bekannt, daß sich vom 25. - 29. 6. rund 500.000 Arbeiter im Streik befunden hätten. Alle Häfen von Saigon sind stillgelegt, 50 Militärlastschiffe blockiert. Die Lambretta- und Transportwagenfahrer unterbrechen die Arbeit aus Solidarität. An ihren Stationen liest man folgende Parole: "Unbegrenzter Generalstreik für das Recht der Arbeiter auf gesicherten Arbeitsplatz!" Der Generalstreik der Arbeiter wurde von allen Schichten der Bevölkerung in Saigon-Cholon-Gia Dinh unterstützt. Am 12.7. konnte er erfolgreich beendet werden.

Eine zweite Welle von Arbeitskämpfen nach kleineren Aktionen, zeichnete sich Ende September, Anfang Oktober, nach der offiziellen Abwertung des Piasters ab:

24.9.: 500 Arbeiter der US-Stützpunkte Tan Son Nhut, Long Binh, Cu Chi und des Saigoner Gürtels streiken für Lohnerhöhung.

3.10.: Allgemeiner Streik der Hafenarbeiter von Saigon gegen willkürliche Entlassungen und Behinderung der gewerkschaftlichen Arbeit. Die Häfen sind blockiert. Am 4.10. werden alle Forderungen erfüllt.

13.10.: 2.000 Angestellte des US-Bauunternehmens RMK-BRJ in Thu-Duc und Gia Dinh streiken für Lohnerhöhungen nach der Abwertung.

17.10.: 6.000 Arbeiter der RMK-BRJ (Straßenbau, militärische Einrichtungen usw.) beschließen einen unbegrenzten Streik, um Lohnerhöhungen von 10 - 30% durchzusetzen. Die US-Unternehmer versuchen den Streik zu brechen, indem sie südkoreanische und philippinische Arbeiter anheuern. Daraufhin treten am 22.10. rund 15.000 Arbeiter in den Streik.

26.10.: 30 Baustellen der RMK-BRJ sind praktisch durch den Streik von 18.000 Arbeitern und Angestellten stillgelegt, aus Protest gegen die Mißachtung der Lohnsteigerungsklauseln durch die US-Unternehmer.

30.10.: Trần Văn Thảnh, Mitglied des Exekutivkomitees der Gewerkschaften für die Befreiung Südvietnams sagt den Arbeitern der RM-BRJ, der PACIFIC und USAID in ihren Kämpfen volle Unterstützung zu. Der Streik dauert vier Wochen, bis die Forderungen Ende November erfüllt werden.

Kampf der Studenten

Seit der Verhaftung von 31 Studenten am 11.1.1970, darunter auch der Interimspräsident der Allgemeinen Assoziation der Studenten von Saigon, Huyn Tan Mam (siehe AIB Nr. 1), löst eine Aktion die andere ab, um die Freilassung der Studenten zu erreichen und gegen die Auswirkungen der US-Aggression zu protestieren.

13.6.: Unter dem Druck der Öffentlichkeit wird Huyn Tan Mam mit 15 anderen Studenten freigelassen.

22.6.: Auf dem "1. Kongreß der Studenten von Südvietnam" wird Huyn Tan Mam zum Präsidenten der Assoziation der Studenten von Südvietnam gewählt.

8.7.: Die Studenten beschließen, die militärischen Zwangsübungen in den Sommerferien zu boykottieren. Dies ist der Auftakt einer neuen Welle des Kampfes gegen das faschistische Saigoner Regime. Bei Verweigerung der militärischen Übungen droht Zwangseinberufung an die Kriegsfrente und Verweigerung der Prü-

fungszulassungen. Dennoch gelingt es nicht, die Bewegung der Studenten zu brechen. In Can Tho und Da Lat zerstören hunderte die "Büros der militärischen Übungen" in der Universität.

1.8.: Rund 450 Studenten kehren nach einem freien Wochenende nicht in das militärische Ausbildungslager Quang Trung zurück, aus Protest gegen die Verwaltung, die die Universitäten in Kasernen verwandelt. Viele schicken ihre Uniformen und ihre Papiere an die offiziellen Stellen zurück.

12. und 13.8.: Hunderte verbrennen die Akten der zwei "Büros der militärischen Übungen" in der Philosophischen und Medizinischen Fakultät.

29.8.: Großes Meeting in der Universität von Saigon, auf dem Huynh Tan Mam den Exekutivausschuß der "Bewegung für die Autonomie der Saigoner Universität" vorstellt, die u.a. gegen die Militarisierung der Universitäten Südvietnams kämpfen wird. Er verurteilt den Versuch der US-Aggressoren, Südvietnams Universitäten in militärische Übungslager zu verwandeln. Der Dekan der Philosophischen Fakultät unterstützt die Bewegung der Studenten und kündigt eine gleiche Bewegung der Universitätslehrer an.

30.8.: Meeting in der landwirtschaftlichen Fakultät von mehr als 1.000 Studenten der Universitäten von Saigon, Hué, Can Tho und Da Lat gegen die zwangsweisen militärischen Übungen. Die Saigoner Polizei, unter dem Befehl des Polizeipräsidenten Tran Si Tan greift die Versammlung mit offener Gewalt und unter Deckung von US-Hubschraubern an. Huynh Tan Mam wird bis zur Bewußtlosigkeit geprügelt und mit 117 anderen Studenten festgenommen.

2.9.: Unter dem Druck des öffentlichen Protestes werden 113 Studenten wieder freigelassen.

In den nächsten Wochen entsteht eine breite Solidaritätsbewegung in den Universitäten und in der Bevölkerung.

14.9.: Huynh Tan Mam, Lê Van Nuoi und Tran Hoa beginnen im Gefängnis einen Hungerstreik aus Protest gegen die Repression vom 30.8. Die Studenten beschließen, jeden Samstag "Wachen der Rache" im Sitz der Assoziation abzuhalten. Die Polizei versucht, mit Tränengasangriffen diese Wachen zu verhindern.

3.10.: Huyn Tan Mam wird freigelassen. Auf einer Pressekonferenz klagt er die unmenschlichen Zustände und die Folter in den Gefängnissen an.

Auf den erfolgreichen Kampf der Studenten

antwortet die Saigoner Clique mit neuen Terrormaßnahmen: der "Aufschub der militärischen Einberufung" für Personen, die keine militärische Vorbildung haben, wird aufgehoben. Immer häufiger entführt die Saigoner Polizei willkürlich Schüler und Studenten.

8.10.: Die Vollversammlung der Schüler protestiert gegen die Entführung der Schülerin Nguyen thi Huong von der Oberschule Gia Long und des Schülers Nguyen Van Phu vom Gymnasium Phan Sao Nam auf ihrem Schulweg.

Der Kampf der Studenten geht gegenwärtig unter sich ständig zuspitzenden Bedingungen weiter.

Kampf der Journalisten, Buddhisten, Frauen, Kriegsinvaliden und Häftlinge

Unterstützung fand der Kampf der Studenten vor allem bei den Journalisten: sie berichteten über die brutale Repression durch die Saigoner Polizei - deren Opfer sie selbst oft wurden - und vereitelten damit den Versuch der Saigoner Clique, die Studenten zu isolieren. Schon der Erlaß der "Papiersteuer" im Frühjahr war ein direkter Angriff auf die Pressefreiheit. Inzwischen ist die Beschlagnahme das übliche Mittel der Zensur geworden: vom 13.3. - 14.11.1970 wurden 235 Zeitungen beschlagnahmt. Am 5.9. organisierte das "Komitee zur Verteidigung des Berufsrechtes der Journalisten" ein außerordentliches Meeting im nationalen Pressezentrum, um gegen die Mißhandlung von vietnamesischen Journalisten und Reportern von UPI und AP am 30.8. zu protestieren. Trotz aller Zensurmaßnahmen sind Kommentare immer häufiger, die feststellen, daß Saigon früher oder später die korrekte und vernünftige Lösung der Provisorischen Revolutionären Regierung wird annehmen müssen - so z.B. "Dien Tu" (Express) vom 7.11.1970.

Einen wichtigen Beitrag zum Friedenskampf leisten die patriotischen Buddhisten. Am Geburtstag Buddhas im Mai demonstrierten 100.000 Menschen allein in Saigon für das Recht auf Leben, für den Abzug der US-Truppen, für den Frieden. Am 16.5. hatte sich die junge Buddhistin Nhat Chi Mai im Flammentod geopfert, um gegen die US-Aggression zu protestieren. Am 4.6. verbrannte sich die Buddhistin Hoang thi Gai in einem Ort der Provinz Ninh Tuân mit dem gleichen Motiv. Am 14.6. fand in einer feierlichen Zeremonie das Begräbnis des ehrwürdigen Thich Thien Lai statt, der am 11.6. mit seinem Flammentod Frieden durch Abzug der US-Truppen gefordert hatte. Am 18.8. verbrannte sich der

ehrwürdige Thich Tien Nhu in der Pagode Tu Dam (Hue), um das Ende der US-Aggression zu fordern. Am 12.7. hatte der stellvertretende Direktor des buddhistischen Instituts, Thich Tien Minh, die US-Aggressoren, die Bombardierungen und Massaker verurteilt, sowie das Thieu-Ky-Khieu-Regime, das die Bestrebungen der Bevölkerung nach Frieden, Unabhängigkeit und nationaler Souveränität zynisch unterdrückt.

In der menschenunwürdigen Situation der vietnamesischen Frauen spiegelt sich der Charakter des neokolonialistischen Regimes besonders erschütternd wieder: allein in Saigon gibt es 60.000 Prostituierte. Nach dem Tod des Mannes im Krieg sind die Witwen oft dazu verurteilt, durch Prostitution die Familie zu ernähren, weil sie keine Arbeit finden. Am 25.7. gründeten 500 Vertreterinnen verschiedenster Schichten ein "Komitee zum Schutz der Lebensrechte der Frauen", um gegen die Prostitution zu kämpfen. Am 14.9. klagte die Präsidentin des Komitees auf einer Pressekonferenz die Vergewaltigung und Ermordung von Frau Nguyen thi Bac und ihrer Schwiegertochter Nguyen thi Hong im Bezirk Ham Tan, Provinz Binh Tuy durch US-Soldaten an. Durch Absprache zwischen Thieu-Ky und den Besatzungstruppen sei das Verbrechen ungestraft geblieben. Dieser Fall steht für unzählige ähnliche Verbrechen. Am 21. 10. gab das Komitee bekannt, daß es ein "Weißbuch der Verbrechen der US-Aggressoren" mit Fotos, Beweismaterialien usw. vorbereitet.

Zu den benachteiligsten Schichten der Bevölkerung gehören die Kriegsinvaliden. Seit diesem Frühjahr kämpfen sie, oft gemeinsam mit den Studenten, für die Verbesserung ihrer Lebensbedingungen; wie alle anderen Schichten der Bevölkerung mußten auch sie die zynische Brutalität der Saigoner Clique erfahren. Am 4., 5. und 6.8. demonstrierten tausende von Kriegsinvaliden in Saigon, Quang Ngai, Cam Ranh und Khanh Hoa für ihr Recht auf Leben. Am 6.8. öffnete sich der Vizepräsident des "Kriegsinvaliden-Kampfkomitees" Nguyen Ba Than, mit einem Rasiermesser den Leib, um gegen die Marionettenautoritäten zu protestieren, die eine Delegation nicht empfangen hatten. Hunderte von Kriegsinvaliden trugen das Opfer bis vor die Saigoner Residenz von Nguyen Van Thieu. Unter dem Vorwand, daß die notdürftigen Hütten die Seuchengefahr begünstigten, wurden allein am 4. und 5.9. in Saigon-Gia Dinh rund 800 Wohnbehelfe der Kriegsinvaliden von den Rangers zerstört. Nguyen Rõ, Präsident der "Bewegung zur Verteidigung der Interessen der alten

Kämpfer" gab bekannt, daß nur 1/3 von 100.000 Kriegsinvaliden der Saigoner Armee in wenigstens minimal erträglichen Umständen leben. Die übrigen haben weder Arbeit noch Wohnung. In Saigon, Ben Tre, Can Tho wurden die Lager der Kriegsinvaliden vom Militär eingekreist, um ihre Bewegung zu zerschlagen.

Unter den Inhaftierten ist in den letzten Monaten eine wachsende Kampfbewegung für die Verbesserung der Haftbedingungen und zur Anprangerungen der Folter entstanden. Am 17.7. mußte das Saigoner Regime unter dem Druck der Öffentlichkeit 500 Inhaftierte aus Poulo Condore (Con Son) entlassen. Sie erklärten auf einer Pressekonferenz, weiter für das Recht auf Leben und für Frieden kämpfen zu wollen. Am 19.8. protestierte Huynh Tan Mam auf einer Pressekonferenz gegen die Drohung von Thieu-Ky-Khieu, 2.000 Inhaftierte an die Kriegsfront von A Chau, Khe Sanh und Ba Long zu schicken. Am 15.10. wurden in Poulo Condore 25 Insassen ermordet und mehrere verwundet. Daraufhin brach am 18.10. ein Aufstand von mehr als 300 Inhaftierten aus, denen es gelungen war, sich der Waffen der Wächter zu bemächtigen. Sie töteten 10 Schergen, darunter auch den stellvertretenden Gefängnisdirektor, bevor sie in einen nahen Wald flüchteten. Am 25.10. wurde in Saigon von 82 Vertretern verschiedener religiöser Gruppen, Massenorganisationen, Gewerkschaften und Einzelpersonlichkeiten ein "Komitee zur Verbesserung der Haftbedingungen" gegründet.

Die unbeirrbar Kampfbereitschaft der Stadtbevölkerung, trotz wachsender Unterdrückung, zeigt sich in der Gründung der "Volksfront für den Frieden" am 11.10.70. Am 31.10. fand in Saigon eine Konferenz der Volksfront statt, an der rund 100 Delegierte aus der "Bewegung der Frauen für das Recht auf Leben", dem "Komitee für die Verbesserung der Haftbedingungen", dem "Komitee für das Recht auf Leben der Landsleute", der "Allgemeinen Assoziation der Studenten", der Intellektuellen, Industriellen, Händler etc. teilnahmen. Am 7.11. veröffentlichte die "Volksfront für den Frieden" ein Manifest in 10 Punkten, das an erster Stelle als unabdingbare Voraussetzung für die Beendigung des Krieges den Abzug aller US- und Satelliten-Truppen fordert. Das Manifest ruft die friedliebenden Völker auf, sich an die Seite des vietnamesischen Volkes in seinem Kampf für den Frieden zu stellen. Die Gründung dieser neuen Organisation ist Ausdruck einer neuen Etappe im Kampf der Stadtbevölkerung Südvietnams für Unabhängigkeit, Freiheit und Frieden.

Literatur: Vietnam Courier, besonders Nr. 296, 23.11.1970, Huynh Ha, La situation économique et financière à Saigon; Nr. 213, 21.4.1969, L.V.H., Echec complet du néo-colonialisme américain.- Bulletin d'information des Informationsbüros der Provisorischen Revolutionären Regierung der Republik Südvietsnam in Paris.

LY VAN SAU, SPRECHER DER DELEGATION DER PROVISORISCHEN REVOLUTIONÄREN REGIERUNG DER REPUBLIK SÜDVIETNAM BEI DEN PARISER VIETNAM-VERHANDLUNGEN, AN VERTRER DER INITIATIVE INTERNATIONALE VIETNAM-SOLIDARITÄT

Ich schreibe Euch, um Euch noch einmal mitzuteilen, wie hoch wir die von der Initiative Internationale Vietnam-Solidarität während der Solidaritätswoche kürzlich in verschiedenen Zentren der Bundesrepublik veranstalteten Aktivitäten einschätzen, und um noch einmal unseren aufrichtigen Dank dafür auszudrücken. Ohne jeden Zweifel haben diese Aktivitäten dazu beigetragen, die westdeutsche öffentliche Meinung über die wirkliche Situation in Indochina aufzuklären und die Solidaritätsbewegung mit den indochinesischen Völkern weiterzuentwickeln. Ich möchte Euch darüber informieren, daß alle diese Aktivitäten in unserem Lande sehr großes Echo gefunden haben und als eine mächtige moralische Unterstützung unseres gerechten Kampfes angesehen werden.

Wir hoffen, daß Ihr und alle Freunde von der Initiative gleichfalls über die erreichten Ergebnisse sehr zufrieden seid.

Die Situation in Südvietsnam speziell und ganz allgemein in Indochina bestätigt angesichts der nordamerikanischen Bombenangriffe auf unser Land erneut die Richtigkeit unserer Beurteilung des kriegstreiberischen und starrköpfigen Charakters der Nixon-Administration. All das zeigt ganz deutlich, daß die Washingtoner Regierung ihre Aggression nicht beenden will, und daß die berühmten "5 Punkte" Nixons nur eines der größten Manöver sind, die die öffentliche Meinung täuschen und die kriegsrische Akte der USA tarnen sollen. Wir möchten Euch in dieser Situation bitten, Eure Anstrengungen zu verdoppeln, um die reaktionäre Indochinapolitik der USA anzuprangern und zu verurteilen und um den Völkern von Vietnam, Laos und Kambodscha Eure ganze moralische, politische und materielle Hilfe zukommen zu las-

sen. Gegen Ende Oktober/Anfang November haben Wirbelstürme und Überschwemmungen die fünf nördlichen Provinzen Südvietsnams verwüstet. Es hat Zehntausende Todesopfer gegeben, Hunderttausende sind obdachlos geworden. Der Schaden ist umso schwerwiegender als die seit Jahren andauernden intensiven Bombardierungen, die chemische Kriegführung und die Säuberungsaktionen aus diesen Provinzen Gebiete voller Verwüstung und voller Elend gemacht haben. Obendrein haben die amerikanischen und die Marionettentruppen in den verwüsteten Zonen militärische Operationen begonnen, um mit Gewalt die Bevölkerung einzupferchen und unsere Anstrengungen zu vereiteln, ihr Hilfe zu bringen. Die B-52 haben die verwüsteten Zonen auf das schwerste bombardiert. Wir schlagen Euch vor, diese jüngsten Verbrechen anzuprangern und eine Kampagne zur materiellen Hilfe für die geprüfte Bevölkerung zu starten. Natürlich im Rahmen Eurer Möglichkeiten. (...)

Abschließend wünsche ich Euch den größten Erfolg bei Eurer Arbeit und bitte Euch, unsere herzlichsten Grüße entgegenzunehmen.

Mit brüderlichen Grüßen

Ly Van Sau

28. November 1970

HILFE FÜR DIE OPFER DER DES HOCHWASSERS

Angesichts der gegenwärtigen großen Überschwemmungen in den nördlichsten Provinzen Südvietsnams hielt die Vertretung der Provisorischen Revolutionären Regierung im Zentrum Mittelvietsnams am 29. Oktober eine außerordentliche Versammlung ab, um dringende Schritte zur Hilfe für die Opfer des Hochwassers zu beschließen.

Die Vertretung der Provisorischen Revolutionären Regierung der Republik Südvietsnam gab der Revolutionären Macht auf allen Ebenen, den Volksbefreiungskräften sowie den verschiedenen Zweigen die Anweisung, alle Anstrengungen auf die Hilfsmaßnahmen zu konzentrieren und diese als eine vordringliche Aufgabe zu betrachten. Sie rief sie auf, die Tradition der gegenseitigen Hilfe der Bevölkerung fortzusetzen, um den Opfern der Überschwemmung zu helfen, ihr normales Leben wieder aufzunehmen, zerstörte Häuser zu reparieren, die Produktion wieder in Gang zu setzen und Gemüsearten mit kurzem Reifezyklus sowie Ersatzkulturen anzubauen.

Die örtliche Bevölkerung wurde aufgerufen, den hinterhältigen Plänen des Feindes gegenüber wachsam zu sein, da dieser - wie bei früheren Überschwemmungen - versuchen wird, diese schwierige Zeit auszunutzen, um die Bevölkerung zusammenzutreiben, die Jugendlichen in die Marionettenarmee zu pressen und die Bevölkerung auszuplündern. Eine ganze Reihe von Kadern wurde in die verschiedenen Ortschaften geschickt, um bei der Organisierung der Hilfsmaßnahmen zu helfen.

PROVISORISCHE REVOLUTIONÄRE REGIERUNG DER RSV VERURTEILT ÜBERFÄLLE AUF DIE VON DER ÜBERSCHWEMMUNG BETROFFENEN GEBIETE

Der Sprecher der Delegation der Provisorischen Revolutionären Regierung der Republik Südvietnam bei der Pariser Vietnamkonferenz gab am 3. November eine Erklärung ab, in der die amerikanischen Aggressoren und ihre Saigoner Lakaien dafür verurteilt werden, daß sie in den von der Überschwemmung betroffenen Gebiete Südvietnams Terroroperationen durchführen.

Nachdem kurz über die letzte große Überschwemmung in den 5 nördlichsten Provinzen Südvietnams gesprochen und hervorgehoben wird, welche schweren Verluste die örtliche Bevölkerung sowohl an Menschenleben als auch an Gütern erlitten hat, heißt es in der Erklärung weiter:

"Angesichts dieser Lage haben die amerikanischen Aggressoren und die Saigoner Verwaltung nicht nur keine vorbeugenden oder helfenden Maßnahmen ergriffen, sondern sie haben im Gegenteil ihren Truppen befohlen, in den betroffenen Gebieten Terroroperationen durchzuführen, um das sogenannte Programm der 'speziellen Befriedung' voranzutreiben. Sie haben die durch die Überschwemmung verursachten Schwierigkeiten ausgenutzt, um die obdachlose Bevölkerung in Konzentrationslager zu pferchen, und haben ihr auf diese Weise noch größere Leiden verursacht. Die oben erwähnten Verbrechen der amerikanischen Aggressoren und ihrer Lakaien haben einmal mehr deren unmenschlichen Charakter enthüllt. Die Provisorische Revolutionäre Regierung der Republik Südvietnam verurteilt aufs schärfste diese Brutalität der Amerikaner und der Saigoner Verwaltung und fordert sie auf, sofort alle Terroraktionen, Bombenangriffe und jeglichen Beschuß in den Katastrophengebieten einzustellen und es der Bevölkerung selbst zu überlassen, die Katastrophe zu bekämpfen und den Opfern der Überschwemmung zu helfen."

FNL UND PROVISORISCHE REVOLUTIONÄRE REGIERUNG DER REPUBLIK SÜDVIETNAM SPENDEN 100 MILLIONEN PIASTER FÜR DIE OPFER DER ÜBERSCHWEMMUNG

Das regionale Komitee der Nationalen Front für die Befreiung Südvietnams und die Vertretung der Provisorischen Revolutionären Regierung der Republik Südvietnam im mittleren Trung Bo haben beschlossen, 100 Millionen Piaster für die Opfer der Überschwemmung in den nördlichsten Provinzen Südvietnams zur Verfügung zu stellen. Dieser Beschluß wurde am 3. Oktober in einem Brief an die örtliche Bevölkerung, an die Kämpfer der Volksbefreiungskräfte und an die übrigen Einwohner veröffentlicht.

HILFE DER REGIERUNG DER DRV FÜR DIE OPFER DER ÜBERSCHWEMMUNG IN SÜDVIETNAM

Am 7. November verkündete der stellvertretende Ministerpräsident der Demokratischen Republik Vietnam, Le Thanh Nghi, daß die Regierung der DRV beschlossen hat, den Opfern der großen Überschwemmungen in den nördlichen Provinzen Südvietnams 40 000 Tonnen Reis, 4 000 000 Meter Stoff und 200 Tonnen Medikamente zur Verfügung zu stellen. Le Thanh Nghi informierte Truon Cong Dong, den amtierenden Leiter der Besonderen Vertretung der Republik Südvietnam in der DRV über die Entscheidung der Regierung der DRV und bat ihn, diese Unterstützung an die südvietnamesischen Landsleute weiterzuleiten.

Im Namen der Partei, der Regierung und der Bevölkerung erkundigte sich Le Thanh Nghi voller Anteilnahme nach den Lebensbedingungen der Opfer der Überschwemmung. Er lobte die Solidarität zwischen den Einwohnern Südvietnams im Kampf gegen die grausigen Pläne der USA-Imperialisten und ihrer Marionetten, aus der Überschwemmung Nutzen zu ziehen, um ihre Politik der "Vietnamisierung" des Krieges zu verstärken. Der Stellvertreter des Ministerpräsidenten drückte seine Überzeugung aus, daß die Bevölkerung der von der Überschwemmung betroffenen Gebiete mit der tiefen Anteilnahme der Provisorischen Revolutionären Regierung und mit ihrer Tradition der Selbstversorgung und gegenseitigen Unterstützung und Solidarität bald die Folgen der Überschwemmung beseitigen, ihr Leben normalisieren, die Wachsamkeit beibehalten und ihren Kampf gegen die USA-Aggression bis zu ihrem vollständigen Sieg verstärken wird.

DIE AMERIKANER UND DIE MARIONETTEN MÜSSEN DIE VOLLE VERANTWORTUNG FÜR DIE HOCHWASSERSCHÄDEN TRAGEN

Im vergangenen Monat verursachten starke Stürme, schwere Regenfälle und Hochwasser große Verluste an Menschenleben und Gütern unserer Landsleute in den Provinzen Quang Tri, Thua Thien, Quang Da, Quang Nam und Quang Ngai.

In den Provinzen Quang Da, Quang Nam und Quang Ngai kamen Zehntausende von Menschen ums Leben oder wurden als vermißt gemeldet. Die meisten dieser Opfer waren zuvor von den amerikanischen Imperialisten und den Marionetten in "strategische Dörfer" oder Konzentrationslager getrieben worden. 2 000 Insassen der Konzentrationslager Thuong Duc und Kiem Lam sowie 4 000 Insassen der Konzentrationslager Hoi An und Ost-Duy Xuyen wurden von den Fluten davongetrieben oder ertranken. Die Mehrzahl der Opfer waren alte Menschen, Frauen und Kinder. Die Anzahl der Toten kann sogar noch höher sein, da viele Menschen noch immer als vermißt gemeldet sind. Mehr als 300 000 Einwohner dieser Provinzen wurden obdachlos. Allein in den Provinzen Quang Nam und Quang Ngai gibt es 170 000 Obdachlose. Außerdem haben die Fluten Zehntausende von Hütten sowie zwischen 50 und 85% der Ernte dieser Gebiete vernichtet.

Die größten Schäden erlitt die Provinz Quang Da. In den vergangenen drei Jahren haben die amerikanischen Imperialisten und ihre Lakaien grausame Angriffe gegen dichtbesiedelte Gebiete dieser Provinz gerichtet und sie in eine menschenleere Zone verwandelt. Nach noch unvollständigen Zahlenangaben wurden 6000 Menschen getötet, Zehntausende verloren ihr Heim und 85% der Ernte wurden vernichtet. Die Gebiete an beiden Ufern des Vu Gia-Flusses verloren fast die Hälfte ihrer Einwohner und der dort bestehenden materiellen Güter. In den Gebieten von Ost-Duy Xuyen und von Hoi An werden gegenwärtig mehr als 10 000 obdachlose Menschen von den Amerikanern und den Marionetten in vier Konzentrationslager bei Hoi An gepfercht.

Diese fünf von der Überschwemmung betroffenen Provinzen sind genau diejenigen, in denen die amerikanischen Imperialisten und ihre Lakaien die heftigsten Angriffe durchgeführt haben, um ihr Programm der "Vietnamisierung" des Krieges durchzusetzen. Sie haben Raketen, B-52, giftige Chemikalien, Panzer und gepanzerte Fahrzeuge eingesetzt, um ganze Dörfer niederzureißen und Gärten, Reisfelder und Wälder zu verwüsten. Besonders die Gebiete von Quang Tri-Thua Thien bis nach Quang Ngai wurden durch Bomben und Granaten vollständig ihrer Bäume beraubt.

Diese Vernichtung der Wälder und der Vegetation seitens der Amerikaner und der Marionetten verursachte nach schweren Regenfällen große Überschwemmungen. Weil die Feinde die Bevölkerung in Konzentrationslager und "strategische Dörfer" gepfercht und sie jeglicher Mittel zum Kampf gegen das Hochwasser beraubt hatten, konnten sich unsere Landsleute nicht an sichere Orte retten und erlitten bei dieser Naturkatastrophe schwerste Verluste. Das letzte Hochwasser war nicht so heftig wie das im Jahre 1964, aber auf Grund der unsagbaren, von den US-Imperialisten und ihren Lakaien bei der "Vietnamisierung" des Krieges begangenen Verbrechen verursachte es weit schwerere Verluste und Schäden.

Die US-Imperialisten und ihre Marionetten machten sich das Hochwasser zunutze und griffen zu vielen brutalen und hinterhältigen Methoden, um ihren Plan der "speziellen Befriedung" zu verwirklichen. Mit Hubschraubern und Booten pferchten sie mehr als 300 000 Menschen in Konzentrationslager und "strategische Dörfer".

In denjenigen Gebieten, wo das Hochwasser zurückgegangen ist und wo sich die Bevölkerung gegenseitigen Beistand leistet, führten die Feinde Angriffe durch, um die Leute in das von ihnen kontrollierte Gebiet zu treiben. So war es zum Beispiel bei den Aktionen in Dien Ban und im Gebiet südwestlich der Stadt Hue, wo am 3. November Hunderte von Menschen getötet oder verwundet wurden. Mit all ihren "Hilfskomitees", "Sammlungen" und anderen Methoden können die Amerikaner und die Marionetten ihre verbrecherischen Handlungen nicht vertuschen.

Um unseren Landsleuten rechtzeitig zu helfen, haben die Provisorische Revolutionäre Regierung der Republik Südvietnam und die revolutionäre Volksmacht auf allen Ebenen dringende und aktive Maßnahmen ergriffen, um gegen Hochwasser und Hungersnot zu kämpfen. Kader und Volksbefreiungskräfte haben keine Mühe gescheut, um unseren Landsleuten mit Nahrungsmitteln, Kleidungsstücken und Medikamenten zu helfen und an den Orten, wo die Fluten zurückgegangen sind, notdürftige Unterkünfte zu errichten und die Produktion wieder in Gang zu bringen.

Der Vorsitzende der Provisorischen Revolutionären Regierung der Republik Südvietnam, Huynh Tan Phat, hat den Opfern der Überschwemmung einen Brief geschrieben, in dem er die tiefe Sorge und das Mitgefühl seitens der Regierung zum Ausdruck brachte.

Rettet Angela Davis!

DKP ruft zu Solidaritätsaktionen auf

Düsseldorf. UZ. — Die Justizbehörden in San Rafael im US-Staat Kalifornien haben am 11. November Angela Davis wegen „Beihilfe zum Mord“ unter Anklage gestellt. Die junge amerikanische Kommunistin, die sich unter besonders unmenschlichen Bedingungen in einem New Yorker Gefängnis befindet, kämpft mit ihren Anwälten verzweifelt gegen ihre Auslieferung an die rassistische Gerichtsbarkeit des kalifornischen Gouverneurs Reagan.

Das FBI, die auf Neger- und Kommunistenjagd ausgerichtete Staatspolizei Nixons, will die hochbegabte Wissenschaftlerin und aktive Kämpferin für die Rechte der Farbigen mit Hilfe einer erfundenen und infamen Konstruktion der Anklage und im Komplott mit den kalifornischen Rassenfanatikern in die Gaskammer bringen.

Verbunden mit dem Anschlag auf das Leben von Angela Davis steigern sich die Repressalien der Nixon-Regierung gegen das Recht der KP der USA auf freie Betätigung. So hat das Oberste Gericht Arnold Johnson, den Sekretär der KP der USA, für Verbindungen mit der Bevölkerung, der „Beleidigung des Kongresses“ angeklagt. Er hatte sich geweigert, der Kommission für Fragen der inneren Sicherheit beim Repräsentantenhaus Angaben über den „Ausschuß für eine neue Mobilisierung zur Beendigung des Vietnam-Krieges“ zu machen.

Diese Tatsachen sind alarmierend, heißt es in einer Erklärung, die Karl Heinz Schröder, Sekretär des Präsidiums der DKP, abgab. Sie „stehen in einer Reihe mit dem Terrorfeldzug der USA in Vietnam und Kambodscha, mit der hinterhältigen Wühlarbeit des CIA gegen die nationalen Befreiungsbewegungen der Entwicklungsländer, mit der Ermordung von 28 Black-Panther-Vertretern...“

Weiter heißt es: „In fester Solidarität mit der KP der USA und enger Verbundenheit mit dem Kampf aller fortschrittlichen Kräfte der Vereinigten Staaten für die Beendigung des Vietnam-

Krieges, für die Bürgerrechte der benachteiligten Minderheiten und für die Rechte und die Verbesserung der Lebenslage der Arbeiterklasse wendet sich die DKP an die Gewerkschafter und Sozialdemokraten, an die Jugend- und Studentenverbände, an die Betriebsräte und Vertrauensleute, an alle demokratischen Kräfte der Bundesrepublik:

Helft mit, durch Solidaritätsaktionen den Anschlag auf die Freiheit und das Leben von Angela Davis zu verhindern! Protestiert gegen die Angriffe auf die Betätigungsfreiheit der KP der USA! Helft mit, das Aufkommen eines neuen Faschismus in den USA zu stoppen, der mit dem Angriff auf die Kommunisten die Rechte und den Kampf aller demokratischen Kräfte der USA treffen will und, wenn er durchkäme, bedrohliche Folgen für die ganze Welt haben würde!

Unsere Aufforderung lautet:

Protestiert durch Erklärungen, Entschlüsse, Unterschriftenaktionen, Abordnungen, Demonstrationen und andere Willenskundgebungen gegen den Anschlag auf Angela Davis! Fordert ihre unverzügliche Freilassung! Richtet Eure Forderungen an die Botschaft der USA in 532 Bad Godesberg, Mehlemer Ave (Telefon 19 33 30) und an die US-Generalkonsulate in Bremen, Düsseldorf, Frankfurt/M., Hamburg, München und Stuttgart.

Bekundet Eure Solidarität durch Schreiben an die Communist Party USA, National Committee, 25 West 26th Street, New York, N. Y. 100 10.“

(Unsere Zeit vom 21.11.1970)